

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 8,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7576.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

erschienen täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgeheften Kolon-  
 nellen oder deren Raum 40 Pf. für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Verleumdung 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1808.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Neust-Strasse 2.

Freitag, den 22. April 1898.

Expedition: SW. 19, Neust-Strasse 3.

### Modernes Feudalismus.

Dem preussischen Junkerparlament kann die Sozialdemokratie für die gestrigen und vorgestrigen Debatten dankbar sein. Die Unverblämtheit, mit der dort die schrankenlose Ausbeutung und Knechtung des Landarbeiters unter der falschen Flagge „Leutenoth“ gepredigt ist, wird vielen tausenden Landproletariern und Klein-Grundbesitzern die Augen über die Gemeingefährlichkeit der begehrlichen frantjunckerlichen Wucherer öffnen. In wachsendem Maße zeigt sich die Nothwendigkeit, durch geschlossenes Vorgehen der Arbeitenden, diese Drohnen der heutigen Gesellschaftsordnung zu bekämpfen. Diese Junker Klagen über „Leutenoth“. Zur Abhilfe rufen ihr Kolonialpatriotismus nach russischen, galizischen, polnischen Ausländern, nach Konkurrenz der freien Arbeiter durch Kommandirung von Soldaten, Suchthäusern und Korrigenden zu landwirtschaftlichen Arbeiten, nach Freigabe der Ausbeutung von Kindern zum Nutzen der „nothleidenden Großgrundbesitzer“, daneben ein Paar neue Ausnahmegesetze gegen die ländlichen Arbeiter und Fesslung des ländlichen Arbeiters an die Scholle.

So offen und brutal wie in dieser Debatte ist wohl noch nie der Heißhunger der agrarischen Wucherer in einem Parlament zum Ausdruck gekommen. Die Debatte zeigt unverhüllt die Unfähigkeit des Ostelblichthums zur Bewirthschaftung ihres kolossalen Besitzes.

Wie sieht es denn mit der sogenannten „Leutenoth“, mit dem Mangel an ländlichen Arbeitskräften im Osten? An ihr ist die Unfähigkeit des Ostelblichthums, veränderten Produktionsbedingungen sich anzupassen, ihre Dabgier, die schlechte Behandlung und jämmerliche Löhnung der Landarbeiter auf den großen Gütern des Ostens schuld.

Auf den großen Gütern ist an stelle der Weide die Stallfütterung getreten. Der Getreidebau hat in hohem Maße dem Hackfruchtbau weichen müssen. Vielsach werden statt Weizen und Roggen Juckerbüben und Kartoffeln gebaut, Schnaps gebrannt und Stärke fabrizirt. Die Drescherarbeit, die früher von Beendigung der Ernte bis zum Beginn der Saat — jährlich 6—8 Monate — dauerte, verrichtet auf den großen Gütern jetzt die Maschine in kaum ebensoviel Wochen. Die landwirtschaftliche Arbeit ist auf den großen Gütern nicht mehr in ziemlich gleichmäßiger Weise über das ganze Jahr vertheilt, vielmehr auf weniger als ein halbes Jahr zusammengedrängt. Sie ist Saisonarbeit geworden, bedarf nicht mehr in dem Maße wie früher dauernder Arbeitskräfte, aber zu bestimmten Zeiten, insbesondere zur Erntezeit, mehr Arbeitskräfte wie früher.

Die Konzentrirung des hauptsächlichsten Betriebes der Großwirthschaft auf wenige Monate im Jahre und der intensivere Betrieb veranlassen den Großgrundbesitzer dazu, möglichst wenige Leute das ganze Jahr hindurch zu beschäftigen. Der Zug vom Osten nach dem Westen wird noch durch die jämmerliche Löhnung und Behandlung in ostelblichen Gefilden gefördert. Daß der Zug nach dem Westen stattfindet, beruht somit zum großen Theil auf der Wirtschaftsweise des Großgrundbesitzers und liegt in seinem Interesse. Freilich, das ist ihm nicht recht, daß die übergroße Anzahl der von Ost nach West Gezogenen auch in den Monaten, wo viele Arbeitskräfte im Osten auf kurze Zeit gebraucht werden, da bleibt, wo sie lohnendere Arbeit und milder menschenunwürdige Behandlung gefunden hat. Das Menschenrecht des Arbeiters, sich die Arbeit zu suchen, wo er am besten sie findet, erscheint ihm himmelstreichendes Unrecht. Dem Junker steht nach seiner Ansicht das Vorrecht zu, seinen Willkürherrschaften bis aufs Blut auszunutzen. Der Ostelbier will das Recht, das der Altfeudale dem Leibeigenen gegenüber hatte, dem modernen Arbeiter gegenüber anzuwenden, freilich aber von den Pflichten des Altfeudalen sich drücken, für die Existenz seiner Arbeiter zu sorgen.

Im Reiche mochte der Feudaladel gelegentlich der Gestaltung des Bürgerlichen Gesetzbuchs jenen famosen Versuch, durch Zulassung lebenslänglicher Verträge ländliche Arbeiter ihr Lebenslang zu zwingen, an der Scholle zu kleben und dem Feudalbesitzer fast unentgeltliche Dienste zu leisten. Der Versuch mißlang: die Bemühungen der sozialdemokratischen Partei beseitigten jenes moderne Leibeigenschaftsverhältnis aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Im Abgeordnetenhaus lärt der Chor der Feudalen desto lauter nach neuen Ausnahmegesetzen gegen die Landproletarier. Ermutigt sind sie zu diesem Vorn auch durch die stille Haltung der Freisinnigen, die ja selbst im Reichstage nicht für Aufhebung der gegen die Landarbeiter bestehenden Ausnahmegesetze stimmten.

Fort mit den strafrechtlichen und polizeilichen Ausnahmegesetzen, die schon heute in Preußen dem übergroßen Theil der ländlichen Arbeiter gegenüber bestehen, ist die Lösung der angeklagten Arbeiter!

Aus den Reden der Junker im Abgeordnetenhaus klang in ercentlicher Weise die bange Juridit vor der ausflüchtenden Arbeit der Sozialdemokratie heraus. Thoren, die nicht fühlen, daß ihre eigene Betriebsart die Ausflüchtung auf dem platten Lande mit Nothwendigkeit nach sich zieht. Aus der naturalwirtschaftlichen Interessengemeinschaft ist auf den großen Gütern längst der kapitalistische Interessen gegen-  
 satz hervorgezogen. Die Wanderarbeiter, die der Großgrundbesitzer vertreibt und zu bestimmten Zeiten wieder sucht, lernen das Solidaritätsgefühl durch das gemeinschaftliche Arbeiten und Wohnen, zu dem der Großbetrieb sie

zwingt. Das Bewußtsein der Klassengemeinschaft wächst, mögen auch aus dem Auslande Wanderarbeiter herangezogen werden.

Die Einbildung der ostelbischen Junker, eine von Natur besonders bevorrechtete Klasse von Menschen zu sein, und junkerliche Dabgier veräumen nicht — allerdings sehr wider Willen der Junker selbst —, den Landproletarier zum Klassenbewußtsein zu erziehen und ihn zum Klassenkampf anzuspornen. Die gestrige und vorgestrige Debatte im Abgeordnetenhaus giebt prächtiges Material zur Aufklärung der Kleinbesitzer und der Landarbeiter über die Gemeingefährlichkeit der junkerlichen Wucherer. Den Dank hierfür wird das zielbewußte Proletariat durch emsige Verbreitung der in den Debatten geoffenbarten Absichten der Junker und der Regierung abstatten.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 21. April.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute die Besprechung der Interpellation Szynula betr. die ländliche Arbeiter- und Gefindenthätigkeit im Osten beendet. Zwar wurde viel hin und hergeredet, aber irgendwelche brauchbaren Vorschläge förderte niemand zu tage, und wenn die Herren am Ende der Besprechung nicht klüger sind als vorher, so liegt das in der Natur der Sache begründet. Wie so vielen Uebelständen, so steht die bürgerliche Gesellschaft auch dieser Katastrophe hilflos gegenüber, sie kann sie nicht aus der Welt schaffen, ohne gleichzeitig die nationale Arbeit schwer zu schädigen.

Die Agrarier, sowohl die vom Zentrum als die von der konservativen Partei, sind mit den von der Regierung vorgeschlagenen Mitteln nicht zufrieden, und sie liegen darüber keinen Zweifel. Am drastischsten gab Abgeordneter Szynula dieser Unzufriedenheit Ausdruck, indem er durchblicken ließ, daß die Landwirthe, wenn sie das geringe Entgeltkommen der Regierung vorausgesehen hätten, die Plottenvorlage nicht bewilligt haben würden. Das Hauptstreben der Agrarier geht auf eine strengere Bestrafung des Kontraktbruchs hinaus, damit die Arbeiter noch mehr der Laune und Willkür ihrer „Herren“ unterworfen werden, als es jetzt schon der Fall ist. Wenn Herr v. Born (L.) pathetisch unter dem lebhaften Beifall seiner Freunde von einer Vogelfreiheit der Arbeitgeber sprach und beantragte eine Schutzgesetzgebung für den Arbeiter für nothwendig erklärte, so ist das eine so starke Uebertreibung, daß jeder, der die Verhältnisse kennt, hierfür nur ein mitleidiges Lächeln übrig hat. Und wenn Herr v. Mendel-Steinfels (L.) den Arbeitgeber aufforderte, seine Arbeiter einzustellen, von denen er weiß, daß sie kontraktbrüchig sind, so wird das auch nicht viel nützen, denn bei dem Arbeitermangel, der nun einmal im Osten herrscht, werden wohl selbst kontraktbrüchige Arbeiter, wenn sie nur sonst recht gefügig sind, gern angenommen werden.

Ein weiterer Vorschlag des Abg. v. Mendel-Steinfels ist die Heraushebung der Altersgrenze für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Fabriken, nicht etwa, um die jungen Leute vor körperlichen und sittlichen Gefahren zu schützen, sondern um sie auf dem Lande nach Kräften ausbeuten zu können.

Einen großen Theil der Sitzung füllte wieder die Schilderung der sozialdemokratischen Landagitation aus. Namentlich schilderte der Abg. v. Mendel-Steinfels in den schwärzesten Farben die „Auswegelung“ der ländlichen Arbeiter durch die sozialdemokratische Presse, die fortwährend die Arbeitgeber „verleumde“ und mit ihrer „Verhehung“ einen ungeheuren Unfug treibe. Zur Abhilfe empfahl er das Beispiel des landwirtschaftlichen Zentralverbandes für Sachsen, der durch sein Sekretariat die sozialdemokratische Presse genau verfolgen lasse und dessen Bemühungen es zu verdanken sei, daß verschiedene Redakteure im Verlaufe von 7 Jahren mit 5 bis 6 Jahren Gefängniß wegen Verleumdung von Landwirthen bestraft seien. Wieviel Jahre Gefängniß hätten wohl die Agrarier schon abtun müssen, wenn ein Tausendstel von ihren ausgeprochenen Verleumdungen gegen Sozialdemokraten ebenso geahndet würde?

Von Interesse ist es, daß Graf Ballestrem (R.) auf grund persönlicher Erfahrungen eine großpolnische Agitation in Oberschlesien ablegnete und der Ansicht Ausdruck gab, daß diese Agitation vielmehr eine sozialistische oder agrar-kommunistische sei, der man ein polnisches Plättchen umgehängt habe.

Als weißer Rabe unter den Landwirthen entpuppte sich der Abg. Seer (natl.), der seinen Kollegen den Rath gab, die Arbeiter besser zu behandeln und für bessere Wohnungen zu sorgen. Beherrigen werden die Agrarier den Rath eines so erfahrenen Landwirthes natürlich nicht.

Von den Freisinnigen griff niemand in die Debatte ein, sie hielten es nicht einmal für nöthig, für die bedrohte Freizügigkeit eine Lanze zu brechen. Zwar werden sie hinterher mit der Ausrede kommen, daß ihnen durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten wurde; aber bei gutem Willen wäre es ihnen wohl möglich gewesen, mit einem derjenigen Redner, die mehrmals zu Worte kamen, in der Medresse zu tauschen.

Nach Erledigung der Interpellation wurde noch in zweiter Lesung das Gesetz über den Staatshaushalt

(Komptabilitätsgesetz) nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, welche erst am Montag stattfindet, steht die erste Lesung der Sekundärbahnvorlage.

Einen Ansturm gegen das Gewerbegerichts-Gesetz unternimmt die freikonservative „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“. Die Thatsache, daß auf die Besetzung der Gewerbegerichtsstellen die Arbeiter einen maßgebenden Einfluß haben, ist denen um Stumm schon längst im höchsten Maße zuwider. Daß das unternehmerliche Proletariat noch jegliche selbständige Bethätigung seiner Lohnsklaven. Die „Deutsche Volksw. Korresp.“ fordert nichts Geringeres als eine vollständige Beseitigung des Arbeiterinflusses auf die Gewerbegerichte. Sie denkt sich die Sache so, daß der jetzige Wahlmodus aufgehoben und die Gewerbegerichts-Beisitzer künftig durch die Stadtverordneten erwählt werden sollen. Bei der Rückständigkeit des kommunalen Wahlrechts in den meisten Städten und dem daraus folgenden reaktionären Charakter der Stadtverordneten-Kollegien würden auf diese Weise die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft durchaus beseitigt werden und es würde die bewährte Rechtsprechung dieser Gerichte den einseitigen Unternehmerauffassungen und Unternehmerinteressen ausgeliefert werden.

Auf allen Gebieten sucht die blindeste Reaktion sich Platz zu schaffen. Selbst die mildesten sozialpolitischen Maßnahmen des heutigen Staates will die Sier der Schlotbarone rückgängig machen.

Es ist gut, daß alle diese schändlichen Zumuthungen sich gerade jetzt aus Tageslicht hervorwagen. Die Arbeiterschaft weiß, wessen sie sich zu versehen hat, wenn sie bei der bevorstehenden Wahl nicht mit eisernem Besen das reaktionäre Gezielt hinaussetzt.

Einen großen Sieg hat der demokratische Gedanke in Norwegen zu verzeichnen. Das Storting hat mit einer starken Zweidrittel-Mehrheit das allgemeine Wahlrecht für Männer angenommen, fast ein Drittel der Abgeordneten erklärte sich auch für die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen. Es kann angenommen werden, daß der König von seinem Rechte, diesen Beschluß nicht zu sanktioniren, keinen Gebrauch machen wird, weil ein solcher Einspruch in Norwegen durch zweimalige Wiederholung späterer Parlamente auch gegen den Willen des Königs Geseh werden muß und weil er kaum die anti-monarchische Strömung durch schroffes Entgegenreten klarer Volkswünsche verschärfen wollen dürfte. Der Beschluß des Storchings wird in erster Linie die norwegische Bauern-demokratie kräftigen, aber auch der norwegischen Sozialdemokratie eine Bethätigung auf dem Boden des Parlamentes ermöglichen.

Wer wird den ersten Kanonenschuß abfeuern? Hierauf ist man im Augenblicke allseitig gespannt. Der amerikanische Gesandte Woodford dürfte heute der spanischen Regierung das Ultimatum überreichen wollen, letztere es aber zurückgeben mit der Erklärung, Spanien nehme keinerlei Weisung (imitation) an. Woodford hat seine Archive dem englischen Vorschifter bereits übergeben.

Der spanische Gesandte hat mit allen seinen Sekretären Washington verlassen. Die österreichische und die französische Botschaft sind mit der Wahrnehmung der Interessen Spaniens betraut worden. Der „Frankf. Btg.“ wird aus New-York gemeldet:

Die Regierung mietete 15 große Schiffe für den Truppen-transport. Diese Schiffe sollen in einer Fahrt 15 000 Mann befördern. — Zur Ausbringung der Kriegskosten dürfte eine neue Einkommensteuer-Bill eingebracht werden, da die angeregten Steuern auf Kaffee, Oel, Petroleum und ähnliche Bedarfsartikel wenig An-  
 klang in der Geschäftswelt finden.

Die Vorlage, betreffend die sofortige Einberufung von 80 000 Freiwilligen, soll heute noch Geseh werden. — Der Führer der revolutionären Bewegung auf Kuba, Palma, wurde nach Washington zu einer Konferenz mit dem General Miles, dem Kommandeur der regulären Arme, berufen. Palma hat an manchem Kuffee auf Kuba theil genommen und kennt die Insel genau. Die kubanische Junta interpretirt diese Konferenz als die thatsächliche Anerkennung der kubanischen Republik.

Die „Times“ melden aus Havana vom 17. d. M., die Behauptungen, daß die Kubaner bereit seien, an der Seite der Spanier gegen Amerika zu kämpfen, seien absolut grundlos. Der Waffenstillstand habe vollkommen Flacko gemacht. Die Insurgenten weigerten sich, ihn in irgend einer Form anzuerkennen. Die Meldung der spanischen Behörden, daß die Feindseligkeiten eingestellt worden, sei unwahr. Die spanischen Truppen sollen ihre Operationen gegen die Insurgenten so fortsetzen, wie vor der Verständigung des Waffenstillstandes. Die Truppen hätten gestern an verschiedenen Punkten Pinar del Rio's die Aufständischen angegriffen. Der für die Regierung zugängliche Kohlenvorrath auf Kuba umfasse 80 000 Tons. — Ein Spezialkorrespondent des „Daily Telegraph“ in Keywest meldet: 23 Schiffe der amerikanischen Flotte, klar zur Aktion, erwarten unter Dampf den Befehl zum Auslaufen nach Havana. Die ganze reguläre Arme soll jetzt konzentriert sein bei Gibcamanga, Mobile, New-Orleans und Tampa.

Man erwartet, daß sich nun amerikanische Kriegsschiffe dem Hafen von Havana nähern werden, um die Spanier zur Eröffnung der Feindseligkeiten zu zwingen. Ist dies geschehen, soll die in Keywest liegende Flotte den Hafen von Havana blockiren.

Ueber die Bedeutung des Krieges für den Weltmarkt liegen die folgenden Meldungen aus Washington vor.



Es wird angekündigt, die Regierung werde bei Ausbruch des Krieges folgende Bedingungen achten:

- 1. Neutrale Flagge darf feindliches Gut mit Ausnahme von Kontrabande.
2. Neutrales Gut, das nicht Kontrabande ist, unterliegt der Konfiskation auch unter feindlicher Flagge nicht.
3. Blockaden müssen, um bindend zu sein, hauptsächlich durchgeführt werden.

Dieses wird bekannt gegeben, die Vereinigten Staaten würden im Falle des Krieges nicht zu dem Mittel greifen, Kaperbriefe auszugeben.

Aus Brüssel wird telegraphiert:

Der Minister des Aeußeren, de Freycinet, hat an die Schiffsahrt freibenden Mächte Europas das Ersuchen gerichtet, zwecks Schutz der neutralen Handelschiffe den Regierungen in Washington und Madrid eine gemeinsame Note zuzustellen.

Die Times melden aus Rom: Die Großmächte haben beschlossen, den kriegführenden Parteien die Untersuchung der neutralen Schiffe zu verbieten.

In England sind die Weizen- und Kohlenpreise theils infolge der Befürchtungen, daß die Zufuhr von Getreide aus Amerika unterbunden werden könnte, theils wegen der großen Kohlenanläufe beträchtlich in die Höhe gegangen.

Aus Barcelona liegt die folgende Depesche vor: Infolge der pessimistischen Nachrichten aus Washington und New-York hat sich die Menge in die hiesige Filiale der Bank von Spanien gestürzt, um das Papiergeld gegen Gold umzuwechseln.

Die spanischen Renten sind seit gestern in Frankfurt von 36,20 auf 33,70 in London von 84 1/2 auf 82 1/2 gesunken.

Deutsches Reich.

Der Termin für die Reichstagswahlen soll nach einer Mittheilung der N. Pol. Nachr. nunmehr bestimmt auf Mitte Juni festgesetzt sein.

Zur Militär-Strasprozeß-Reform schreibt die Neue Berliner Korrespondenz: Neuerdings ist in süddeutschen Zeitungsblättern die Meinung aufgetaucht, daß die Verhandlungen zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten von Bayern über die Frage des obersten Militär-Gerichtshofes einen befriedigenden Abschluß im Sinne der bayerischen Sonderwünsche gefunden hätten.

Die württembergische Kammer hat die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher mit 60 gegen 8 Stimmen angenommen und die Wahlperiode auf zehn Jahre festgesetzt.

Die 'Mauerung der Sozialdemokratie' muß der 'Voss. Ztg.' schon wieder einmal zu einem langen Artikel dienen. Wir haben keine Veranlassung, auf diese zum Ueberdruß wiederholten Schreibübungen der 'Vossischen', welche sich in einer argen Verleumdung der wirklichen Verhältnisse in unserer Partei befindet, nochmals einzugehen.

Gemeinsames Vorgehen aller bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie empfiehlt wiederum die 'Voss'. Das Blatt weist auf einige Wahlkreise in Nieder-Rhein, Westfalen und Preußen hin, in denen die Sozialdemokratie 1893 das Mandat gewann, ohne die absolute Majorität zu besitzen.

Freiherr v. Stumm kann auch Witz machen. In Remscheid hat der Freiherr eine Art Programm aufgestellt, in dem folgende Punkte aufgeführt werden: 1. Eintreten für Stärkung und Sicherung der Wehrkraft Deutschlands unter thunlichster Schonung der Steuerkraft des Volkes.

Freiherr v. Stumm und Berücksichtigung der arbeitenden Klassen. Freiherr v. Stumm und Erhaltung der bestehenden Volkrechte! Man kann dem Witz aber auch eine ernste Seite abgewinnen. Daron sieht man, wie weit es die Stumm und Konforten in der eben Kunst der Wortschönung gebracht haben.

Dänendekämpfung. Aus Flensburg wird uns gemeldet, daß der Redakteur Jensen vom 'Flensborg Avis' auf Antrag der Großherzogin von Baden wegen Beleidigung ihres verstorbenen Vaters, Kaiser Wilhelm I., wegen Beleidigung des Flensburger Landgerichts und dann noch einer Privatperson unter Anklage gestellt sei.

Die Schnell dampfer der Hamburg-Amerika Linie 'Normanna' und 'Columbia', welche von dieser Gesellschaft an Spanien verkauft wurden, sind seit Jahresfrist nicht mehr Hilfskreuzer der deutschen Marine, wie die 'Mar. Pol. Corr.' mittheilt.

Königsberg i. Pr., 21. April. (Eig. Ber.) Oberbürgermeister und Oberpräsident. In der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung ist nunmehr eine Angelegenheit, die seinerzeit in den weitesten Kreisen Aufsehen erregte, zu einem für das Bürgerthum nicht gerade rühmlichen Abschluß gelangt.

Zwischenfall bei der Zentennarfeier. Die Spitzen der Behörden fanden sich an diesem Tage am Kaiser Wilhelm-Denkmal zu einem Festakt zusammen, wobei der Oberpräsident Graf v. Bismarck den Oberbürgermeister Hoffmann, der ihn begrüßte und die Hand reichte, in der auffälligen Weise 'schnitt'. Der Grund für dieses Benehmen des Oberpräsidenten war in dem Konflikt anlässlich der bekannten Börsegarten-Affäre zu suchen.

Die Stadtverordneten-Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß in der die gesamte Stadt angehenden Angelegenheit des Verhaltens des Herrn Oberpräsidenten gegenüber dem Herrn Oberbürgermeister die königliche Stadtregierung sich nicht veranlaßt gefühlt hat, die der Stadt Königsberg angehaue Kränkung durch eine Mißbilligung jenes Verhaltens zu fassen.

Die württembergische Kammer hat die Abschaffung der Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher mit 60 gegen 8 Stimmen angenommen und die Wahlperiode auf zehn Jahre festgesetzt.

Zur Ausführung des Handwerkergesetzes in Württemberg hat die Zentrumsfraktion der Abgeordnetenkammer zu Stuttgart den Antrag eingebracht, die Staatsregierung möchte 1. dem Landtage alsbald eine Vorlage zugehen lassen, durch welche Geldmittel zur Förderung selbständiger Handwerkerorganisationen bereitgestellt werden; 2. in den nächsten Etat einen Etatsposten für die Kosten der Einrichtung der Handwerkerkammer und der weiteren bei Durchführung des Handwerkergesetzes vom 26. Juli 1897 zu lösenden Aufgaben ansprechen.

Strasburg i. E., 20. April. (Eig. Ber.) Der Landes-Anstalt scheint der Annahme des von der Regierung vorgelegten Entwurfes eines reichsständischen Pressegesetzes doch einen stärkeren Widerstand entgegenzusetzen zu wollen, als wir von ihm erwartet hatten. Bei der gestrigen ersten Verhandlung der Vorlage zeigte es sich, daß außer dem Vater desselben, Staatssekretär v. Püttlamer, eigentlich niemand Gefallen an dieser legislativischen Mißgeburt findet.

Die Herren Députés fanden, wie gesagt, an dem von Herrn Püttlamer servierten Preßgericht wenig Geschmack. Die Lothringer Dittich und Zeanty, der Wülhauser Abbé und 'Arbeiterfreund'-Redakteur Winter, der bis in die Knochen gouvernementale Sanitätsrath Dr. Höffel, der oberste hiesige Großindustrielle Köchlin, sie alle traten unisono die Vorlage ab und nicht eine einzige Stimme erhob sich im Hause, die dem schließlichen Werben des Ministers entgegenkommen geseigt hätte.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse. Maximilian Harden erhielt infolge des Artikels in der letzten Nummer der 'Zukunft' über König Otto von Bayern vom Amtsgericht München ein Strafmandat wegen groben Unfugs zuerkannt.

Handlungen befugt sind, die in seinem Namen die staatsrechtlichen, zivilrechtlichen und sonstigen Interessen der bayerischen Krone zu wahren haben.

Oesterreich.

Wien, 20. April. Abgeordnetenhause. Mehrere Interpellationen werden durch den Ministerpräsidenten, den Handels-, Finanz- und Justizminister beantwortet; u. a. erklärte der Ministerpräsident Graf Thun, die Kosten für die Entsendung der Schiffe nach Kreta werde nicht einige 100 000 Gulden übersteigen.

Ungarn.

Budapest, 21. April. Abgeordnetenhause. Durch namentliche Abstimmung wurde mit 131 gegen 22 Stimmen beschloffen, die Ausgleichsvorlagen unmittelbar an den Finanz- und Volkswirtschafts-Ausschuß zu verweisen.

Spanien.

Madrid, 20. April. In der Thronrede heißt es: Wenn Spanien dem Heiligen Vater für seine Intervention zu gunsten des Friedens in diesen kritischen Augenblicken Dank schuldet, so ist es auch den europäischen Großmächten dafür verpflichtet, daß sie in ihrem freundschaftlichen Verhalten und in ihren selbstlosen Rathschlägen unsere Ueberzeugung befestigen, daß die Sache Spaniens die allgemeinste Sympathie und seine Haltung die einstimmige Billigung finden.

Sizilien.

Musslands asiatische Politik. Aus Petersburg wird der Intern. Korresp. berichtet: Die von London aus verbreitete Auffassung, daß sich Russland sehr schnell in die Thatsache der Abtretung von Weichauwei an England gesunden habe, und daß nunmehr auf Grund des in Nordchina hergestellten Gleichgewichtes der betheiligten Mächte die Lage in Ostasien eine wesentlich friedlichere Gestalt angenommen habe, wird in unterrichteten Kreisen als wenig begründet bezeichnet.

Australien.

Der Wahlkampf über den Bundesentwurf ist in allen Staaten in vollem Gange. Die Aussichten der Föderation scheinen jedoch nicht besonders günstig, da besonders in New-Süd-Wales, der ersten aller australischen Kolonien und einst der Führer der ganzen Reichsbewegung, die gegenwärtige Stimmung immer stärker zur Geltung kommt.

Abgeordnetenhause.

64. Sitzung vom 21. April 1898, 11 Uhr. Am Ministerische: Frhr. v. Hammerstein, v. d. Necke. Das Haus setzt die Besprechung der Interpellation Szynala fort bez. die Besprechung des Mangels an Gesinde und ländlichen Arbeitern in den südlichen Provinzen.



Regierungskommissar Geh. Rath Conrad: Es ist gestern der Wunsch ausgesprochen worden, innerhalb der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen strengere Kontrollen der Gefindevermieter einzuführen, namentlich aber ihnen die Pflicht der Buchführung aufzulegen und die Bücher polizeilich zu kontrollieren. Diese Einrichtungen sind bereits behördlich angeordnet und es ist überhaupt nichts unterlassen, was im Rahmen der geltenden Gewerbe-Ordnung geschehen konnte.

Abg. Seer (nat.) hat auf seinen posenschen Besichtigungen über Arbeitermangel nicht zu klagen gehabt. Er hat seine Gefindevermieter vermehrt, namentlich auch für verheiratetes Gefinde. Aber hier liegt vielfach die Ursache des Mangels. Wie viel Gefindevermieter hat man denn heute mehr, als vor 30 Jahren? Heute sind es eher weniger denn mehr. Auch mit Naturallohn seien die Leute nicht zufrieden gewesen.

Abg. Graf Balkeström (Z.): Man kann in dieser Sache nicht generalisieren. Was in einer Gegend paßt, eignet sich für eine andere garnicht. (Sehr richtig!) Wir haben in einzelnen Wohnungen über Wohnungen und doch kein Gefinde. (Sehr richtig!) Der kleinere Bauer kann auch kein verheiratetes Gefinde brauchen. Die Zulassung ausländischer Arbeiter muß nach Maßgabe des vorhandenen Bedürfnisses erfolgen und dies Bedürfnis kann von dem Regierungspräsidenten nicht richtig beurteilt werden, da diese den Verhältnissen praktisch zu fern stehen. Die Landräthe haben von diesen Dingen schon bessere persönliche Erfahrungen. Eine Gefahr für das Deutschthum liegt in der Zulassung ausländischer Arbeiter nicht. Die Leute, die ich zu hunderten beschäftige, sind nichtern, fleißig und anspruchslos und der sozialdemokratischen Agitation unzugänglich. Daß Schweden bei uns ländliche Arbeit verrichten, glaube ich nicht, denn hohen Lohn können wir nicht zahlen. Italiener habe ich auch beschäftigt, aber wieder abschaffen müssen, obwohl sie namentlich bei Steinarbeiten tüchtiger waren als unsere heimischen Arbeiter. Aber sie sind heimtückisch und greifen, ohne ein Wort zu sagen zum Meister, jedoch andere sich weigern, mit ihnen zusammen zu arbeiten. Kolonisation würde wenig nützen. Auch sonst geht der Zug der Zeit gegen die ländliche Arbeit; selbst wenn die Straßen voll Stromer sind, fehlen ländliche Arbeiter. Es giebt kein anderes Mittel gegen den vorhandenen Mangel, als Zulassung der polnisch-galizischen Arbeiter. Mühslich wird es sein, wenn die jungen Leute noch etwa zwei Jahre nach Beendigung der Schulpflicht unter besonderer Kontrolle gehalten würden. Auch die Industrie leide vielfach unter Arbeitermangel. Viele Arbeiter müssen unterbleiben, weil es an Arbeitern fehle. (Beifall.)

Abg. Szynka (Z.): Nach einigen Mittheilungen aus Oberschlesien scheint es, daß die Industrie auch in bezug auf die Verwendung ausländischer Arbeiter besser behandelt wird als die Landwirtschaft. Der Industrie gestattet man eine längere Frist für das Halten der Ausländer als der Landwirtschaft. An Arbeiter- und Gefindevermieter fehlt es bei uns durchaus nicht, aber sie bleiben leer. Alles, was der Minister gestern als zulässige Maßnahmen in Aussicht gestellt hat, ist völlig unzureichend und wird bei den Landwirthen wenig Freunde hervorrufen. Was besorgt man denn von ausländischen Arbeitern? Das sind Leute, die von Politik keine Ahnung haben, meist gar nicht lesen können. Wir können heute nicht mal Griechisch-Katholiken von der Bukowina oder Slowaken nehmen, die doch auch keine Polen sind. An Arbeitern fehlt es ja auch bei uns nicht. Sei es nun tausende von Mädchen in der Handindustrie beschäftigt; sie wollen eben nicht die ihnen unbehagliche Handarbeit verrichten.

Minister Geh. v. Hammerstein widerspricht der Behauptung des Vorredners, daß die Regierung die Industrie bei Zulassung ausländischer Arbeiter besser behandle als die Landwirtschaft. Das Gegentheil sei richtig. Die Bestimmungen sind für die Landwirtschaft und deren Nebengewerbe günstiger als für die Industrie, vielleicht von ganz vereinzelten Vorkommnissen abgesehen.

Abg. Conrad-Graundenz (Z.) hat gegen die Wünsche des Interpellanten nationale Bedenken und wünscht, daß die Regierung die Frist bis zum 15. Dezember verlängere. Die polizeilichen Kontrollvorschriften sollten etwas weniger rigoros gehandhabt werden.

Abg. Dr. v. Korn-Rudelsdorff (L.): Die bestehenden Verordnungen werden in bürokratisch gehandhabt. Man müsse behördlicherseits dafür sorgen, daß die ausländischen Arbeiter genügend sind, ihrer Arbeitspflicht auf dem Gute zu genügen, für das sie gedungen sind und daß sie sich nicht anderweitig verdienen können. Die vorhandenen Vorschriften könnten viel wirksamer im Interesse der Landwirtschaft gehandhabt werden, namentlich sollte gegen das Wohnungs-Geld in den Großstädten scharfer eingeschritten werden. Um das Rechtgefühl im Volke zu erhalten, sollte durch eine Strafgesetznovelle der Kontraktbruch unter Strafe gestellt werden. Jetzt seien die Arbeiter geradezu vogelfrei. (Bravo.)

Abg. v. Siebock (Vole): Die vom Minister in Aussicht gestellten Mittel sind entweder gar nicht ausführbar oder unzureichend, oder sie werden ihren Zweck nur langsam erreichen und viel zu spät wirksam werden. Wenn der Staat es nicht für seine Aufgabe hält, für ländliche Arbeiter zu sorgen, so ist es jedenfalls auch nicht seine Aufgabe, die Heranziehung von Arbeitern zu hindern. Mit der Naturallohnbindung bindet man die Leute am besten an die Scholle; bei der Baarlöhnung befindet man sich stets in Gefahr, daß sich die Leute so bald als möglich andere Beschäftigung suchen. Der Schwerpunkt der ganzen Angelegenheit liegt darin, daß es ein leichtes Mittel zur Beseitigung des Arbeitermangels giebt, daß aber die Regierung sich aus nationalen Gründen weigert, dies Mittel zuzulassen.

Abg. v. Meubel-Steinfeld (L.): Die Arbeiterfrage zu lösen, biete große Schwierigkeiten. Die Löhne sind verdrängt. Die Behauptung, daß der Kleinbesitz durch den Großbesitz aufgelesen werde, ist nach der Statistik unrichtig; hierin kann also nicht die Ursache des Arbeitermangels gefunden werden. Bedenklich sind die Erdarbeiten für Eisenbahn-Neubauten, die man im Sommer nicht vornehmen sollte. (Sehr richtig!) Eine unkontrollirte Einwanderung ausländischer Arbeiter ist nicht zu billigen. Im allgemeinen kann uns der Beschleiß des Ministers wohl befriedigen. Für die strengere Kontrolle der Gefindevermieter sind wir sehr dankbar; aber wir glauben, es könnte weiter gegangen werden, wie z. B. in Bayern, wo die Bestimmung besteht, daß nicht mehr Stellen in den Blättern angekündigt werden dürfen, als thatsächlich gefordert sind. Auch die Beherbergung und Beschäftigung müsse den Vermietern unterlagt werden. Auffällig sind auch die zahlreichen Vorbestrafungen der Vermieter, die — darunter mit Zuchthaus — bis zu 20 pCt. vorbestraft sind. (Hört, hört!) Die Erfahrungen mit den militärischen Arbeitsnachweisungen sind keine günstigen. Die ländlichen Arbeitgeber sollten es sich zur Aufgabe machen, gegen die sozialdemokratische Presse überall wegen der maßlosen verleumderischen Behauptungen einzuschreiten. Der Kontraktbruch greift gefährlich um sich, leider nicht ohne Schuld der Arbeitgeber, die vielleicht durch die Noth dazu gedrängt, Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten, um sie selber zu benutzen. Von einem Zurückziehen der Arbeiter aus den Städten auf das flache Land wird nichts zu erhoffen sein. Die Leute kommen zu uns entweder mit der Schnapsflasche oder als sozialistische Aufwiegler, arbeiten zwei Tage und gehen dann zurück, indem sie die Arbeitsgelegenheit als Pandankenhalt betrachten. Einem unkontrollirten Einlaß ausländischer Arbeiter können wir nicht zustimmen. (Beifall.)

Abg. v. Czarnowski (Vole): Kupfer den bereits erwähnten Ursachen des Arbeitermangels bleibt noch die Thätigkeit der Anstehungskommission zu nennen, die durch die Errichtung neuer Anstehungen das Arbeiter-Bedürfnis beständig erhöht. Auch die beständige Ausdehnung des Staatsbahnbauwesens macht immer mehr Arbeitskräfte erforderlich, die den Betrieb unterhalten müssen. Die Anstehung der Arbeiter ist in Posen wegen der Ausspruchslosigkeit der Arbeiter sehr populär.

Abg. v. Staudy (L.) erörtert die Stellungnahme der posener Landwirtschaftskammer zur ländlichen Arbeiterfrage. Die Schätz-

machung der Arbeiter allein genüge auch für Posen nicht. Dasse man aber fremde Arbeiter in unbegrenzter Zahl zu, so würden die Verhältnisse unserer heimischen Arbeiter sich erheblich verschlechtern. Die Löhne sind bei uns in Posen vielfach höher als in Sachsen für die dortigen Sachengänger. Die unbegrenzte Zulassung würde den Landrenten in Posen und Schlesien selbst bald unbehagen werden. Die Polizeibehörden müssen darauf halten, daß widerspenstige ausländische Arbeiter sich nicht frei im Lande bewegen dürfen, sondern zwangsweise zu der von ihnen übernommenen Arbeit zurückgeführt werden.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Nach einer kurzen Entgegnung des Abg. v. Siebock auf die Ausführungen des Abg. v. Staudy wird abermals Schluß beantragt und nunmehr angenommen.

Damit ist der Gegenstand erledigt. Es wird die zweite Lesung des Komptabilitäts-Gesetzes fortgesetzt beim § 8. Dieser und die folgenden Paragraphen bis § 17 werden debattelos angenommen.

Der Rest der Vorlage wird ohne wesentliche Debatte angenommen, und zwar unverändert nach dem Beschließen der Kommission.

Die Kommission hat in einer längeren Resolution diejenigen nicht zur Einziehung gelangten oder zurückgestellten Beträge bezeichnet, von deren Mittheilung bis auf weiteres abgesehen werden kann. Hierunter befinden sich auch die Gerichtskosten, welche zurückgeblieben oder niedergeschlagen werden.

Nach einem Antrage Parteis (L.) und Genossen soll diese Bestimmung gestrichen werden.

Der Antrag Parteis wird angenommen und mit dieser Aenderung die Resolution.

Montag, den 25. d. Mts., 11 Uhr: Dritte Lesung des Komptabilitätsgesetzes und Sekundärbahn-Vorlage.

### Parlamentarisches.

Der Nachtrag zum Reichshaushalts-Etat für 1898, wie er letzten dem Reichstage zugegangen ist, beläuft sich in Einnahme und Ausgabe auf 7 757 885 M. Von den Ausgaben entfallen 1 109 280 M. auf die fortdauernden und 6 678 605 M. auf die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats. — Für das Reichsamt des Innern werden während 1 109 280 M. und einmalig 138 000 M. verlangt. Unter den ersteren entfällt der Hauptposten mit 1 Million auf die Infolge der Vorkampfer-Subventions-Novelle notwendige Erweiterung des Betriebes auf der ostasiatischen Linie. Des weiteren hat es sich als nöthig herausgestellt, im Reichsamt des Innern infolge der handelspolitischen Bedürfnisse und im Reichs-Versicherungsamt infolge Zunahme der Geschäfte das Beamtenpersonal zu vergrößern. Bei den einmaligen Ausgaben sind 16 000 M. zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche, 7000 M. zur Ausführung außerordentlicher Bauarbeiten am Nationaldenkmal auf dem Niederwald, 30 000 M. zur Erforschung des Wesens der in Indien herrschenden Maulpest und 60 000 M. zur Errichtung einer biologischen Abtheilung für Land- und Forstwirtschaft beim Gesundheitsamt eingestellt. — In den Etat für die Verwaltung des Reichsheeres sind 276 000 M. einmalige Ausgaben eingestellt. Davon entfallen 75 000 M. auf die Unterhaltung der hinterbliebenen 6 Kinder des ehem. Rittgutsbes. v. Carstern-Richtersfelds, der Rest auf Herstellung und Wiederherstellung von Baulichkeiten. — Im Etat der kaiserlichen Marine sind 313 000 M. einmalige Ausgaben zur Herstellung von Eisenbahnverbindungen auf Werften etc. ausgeworfen. — Zum ersten Male erscheint im Reichshaushalt ein Etat für die Verwaltung des Gouvernements Kiautschou; darin sind zur Einrichtung Kiautschou's als wirtschaftlicher und maritimer Stützpunkt 5 Millionen eingestellt. — Im Post-Etat werden 408 000 M. dauernd für Vervollständigung der Telegraphen-Anlagen, 1 160 000 M. zur Vergrößerung eines Postgrundstückes in Berlin verlangt. — Für die Reichsdruckerei sind 260 200 M. für die Reichs-Eisenbahnverwaltung 400 000 M. ausgeworfen. —

Im Abgeordnetenhaus ist das vierte Petitionsverzeichnis ausgegeben worden. Der Bund deutscher Trichinen- und Fleischbesauser bittet um Einführung der obligatorischen Fleischschau und einheitliche Regelung der Ausfuhrung der Fleischschau. Andere Petitionen verlangen gesetzliche Bestimmungen über die Ersatzpflicht der Kleinbahn-Unternehmer für Sachschäden, Ergänzung des Vergessetzes zum Schutze gegen gemeinschädliche Einwirkungen des Verganens verschiedener Aenderungen der Vorschriften über Strafrecht und Strafprozess, Abänderung einiger Bestimmungen des Feld- und Forstpolizeigesetzes betr. das Erfordernis des Strafantrages (Landwirtschaftskammer in Wiesbaden), die Kirchensteuerpflicht der Forensen, Ergänzung des Gesetzes über die Zwangsverziehung verwahrloster Kinder, Einschränkung der Pflicht zum Besuch der Fortbildungsschulen, Verbesserung des Volksschulwesens, Einführung des Unterrichts in der Gabelberger'schen Stenographie in die höheren Lehranstalten. — Der Gemeindevorstand von Schmaragdendorf u. a. haben durch die Abg. Kling und Felisch die Petition betreffend die Bauordnung für die Berliner Vororte überreichen lassen. Die Gemeindevorstand hat sich bereits in früherer Tagung mit solchen Petitionen beschäftigt. —

### Wahlbewegung.

Die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen werden ersucht, von den Wahlflugblättern, die während des bevorstehenden Wahlkampfes in den betreffenden Kreisen erscheinen — gleichgültig ob von unserer oder von gegnerischen Parteien herausgegeben — je ein paar Exemplare an das Parteibureau, Adresse:

J. Kuer, Berlin SW., Raybachstr. 9,

einzuwenden.

Auf Seiten der Freisinnigen sind die Verhandlungen wegen Uebernahme einer Kandidatur im zweiten Berliner Wahlkreise noch nicht zum Abschluß gelangt. In den in Vorschlag gebrachten drei Kandidaten: Brauerdirektor Goldschmidt, Schlossermeister Stahl und Privatdozent Dr. Jostrow kommt als vierter noch Rechtsanwalt Marggraf, der innerhalb der freisinnigen Parteiorganisation Fürsprache gefunden hat. Nachdem Stadtrat Kreiling wieder zurückgetreten ist, soll eine Versammlung des Wahlvereins zur Entscheidung über die Kandidatenfrage nächsten einberufen werden.

In Frankfurt-Lissa haben die Nationalliberalen und Konservativen den Rittergutsbesitzer Rümmel ausgestellt.

Am vollständigsten ist der Triumph der Agrarier über die Nationalliberalen in der Provinz Westfalen. In den ländlichen Kreisen haben die Nationalliberalen nur Mitglieder des Bundes aufgestellt, die aber trotzdem nicht immer Gnade vor den Augen der Bundesleitung gefunden haben. So ist in Hamm-Lunenburg-Soest dem Nationalliberalen Schulze-Stienen, der als Agrarier der schärferen Tonart an Stelle des bisherigen, gleichfalls dem Bunde angehörigen Abgeordneten Schulze-Henne aufgestellt wurde, von der Bundesleitung ein anderer Kandidat gegenübergestellt worden, von dem man nicht weiß, ob er sich den Konservativen oder — den Nationalliberalen anschließen will. In dem halb städtischen, halb ländlichen Kreise Herford - Halle sind die Nationalliberalen — denen der Bund sonst vor den Konservativen fast den Vorrang giebt wegen der größeren Gefügigkeit — mit dem Freisinn überlegen gekommen, Herrn Quentz wieder aufzustellen; hier dürften sich die bündlerischen Stimmen zwischen Elöder und dem Gouvernements-Konservativen theilen. Von dem früheren Kandidaten für Dortmund, Kommerzienrath Th. Müller, hatte der Führer der Agrarier im Kreise, Herr Westermann, mit nicht üblem Wortwitz bemerkt: er habe ein Haar in der „Butter“ gefunden, indem die butterproduzierenden Landwirthe diesen Freihändler und Margarinefreund nicht wählen würden. Herrn Müller's Nachfolger in der

Kandidatur, Herr Hilbel, hat alle Forderungen des Bundes akzeptirt (Dortmund ist bekanntlich ein ganz industrieller Wahlkreis) und Herr Westermann hat ihn darauf als einen „Mann nach seinem Herzen“ empfohlen. Eine etwaige Gegenleistung an die Großindustriellen würden sicher ebenso wieder die Arbeiter zahlen müssen, wie den Getreidezoll und den höheren Fleischpreis. Das ist wohl der Hintergedanke der Nationalliberalen bei ihrer Unterwerfung unter die Agrarier.

In Mainz will der nationalliberale Landwirth Dettweiler nur dann kandidiren, wenn er von den Freisinnigen Unterstützung erlangt. Der bisherige Vertreter des Kreises, Dr. Schmitt vom Centrum, hat sich geweigert, wiederum eine Kandidatur anzunehmen, an seiner Stelle will Oberlandgerichtsrath Roeren sich um das Mandat bewerben.

In Bonn-Rheinbach ist Dr. Spaß vom Centrum wieder aufgestellt.

Im hannoverschen Wahlkreise Nienburg-Neustadt haben Nationalliberalen und Bündler sich auf die Kandidatur des Schuldirektors Brandt geeinigt.

### Partei-Nachrichten.

Genosse Ledebour theilt in einer längeren Zuschrift an die „Sächs. Arb.-Ztg.“ mit, daß er in der letzten Versammlung des dritten Berliner Wahlkreises sich nicht als den „Scharfer des Parteigenossen“ bezeichnet hat, wie der „Vorwärts“ „parade“ „verdreht“ habe, sondern daß er gesagt habe, er werde, falls er gewählt würde, „bestrebt sein, das Parteigenossen zu schärfen“. Wir schenken dem Genossen Ledebour diesen Unterschied und die Fülle des Geschwümpfes, die er über uns ausgießt.

Genosse Ledebour sagt in derselben Zuschrift von der Redaktion des „Vorwärts“, daß sie durch eine unglückliche Verkettung von Umständen die Zeitung unseres Zentralorgans in die Finger bekommen hat. Man muß dabei wohl bedauern, daß Genosse Ledebour vor 1 1/2 Jahren die „Vorwärts“-Redaktion schände verlassen und so das Zentralorgan und die Partei in das größte Unheil gebracht hat. Es wird nicht besser werden, als bis die berufsmäßigen Tandler des „Vorwärts“ die Zeitung des Zentralorgans der Partei übernehmen. —

Waisener. In Ueteren ist, wie die Schleswig-Holsteinische Volksztg. mittheilt, die vom Waisener-Komitee nachgesuchte Erlaubnis zu einem Aufzuge und zu einer Ballgesellschaft vom Bürgermeister mit der Begründung verweigert worden, es sei von oben befohlen, am 1. Mai alles zu verbieten. Nun, Versammlungen wird man wohl auch unter der Herrschaft des Herrn v. Köller gnädigst gestatten müssen, denn, so viel bekannt, ist das preussische Vereins- und Versammlungsgesetz für Schleswig-Holstein noch nicht suspendirt.

Eine öffentliche Parteikonferenz für den Wahlkreis Grenzau-Angermünde wird Sonntag, den 8. Mai von 1 Uhr nachmittags ab in Freienwalde a. O. im Lokale des Herrn Fleischermann, Eberwalderstr. 7, abgehalten. Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht der Kreisvertrauensperson und der deutschen Vertrauensleute; 2. Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent der Kandidat des Kreises Otto Thierbach aus Berlin; 3. Verschiedenes.

Anträge zu der Konferenz sind bis zum 6. Mai an den Vertrauensmann Rob. Günterberg in Schweda a. O., Bierradenerstraße 146, einzureichen.

Der Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Südost) hat 1233 zahlende Mitglieder. Eine Statistik, die am 1. Februar aufgenommen wurde, hat ergeben, daß die einzelnen Berufe in der Partei-Organisation in folgender Stärke vertreten waren:

Holz-Industrie: Tischler 215, Drechler 24, Möbelpolierer 19, Bildhauer 17, Böttcher 8, Stellmacher 8, Korbmacher 7, Holzschneider 6, Rifenmacher 2, Fräser 1, Sandfäßschneider 1, Weizer 1, Stuhlflechter 2, Klavierarbeiter 2, Bretterträger 1, zusammen 314.

Metall-Industrie: Schlosser 58, Klempner 51, Gärtler 28, Metallarbeiter 14, Mechaniker 14, Formner 14, Schleifer 13, Dreher 10, Bräder 7, Roblerager 7, Graueur 5, Schraubendreher 5, Uhrmacher 4, Silberarbeiter 3, Eisbedrücker 1, Maschinenbauer 2, Werkzeugmacher 2, Schmiede 4, Kupferschmiede 2, Gelbgießer 3, Zifelleure 2, Galvaniseur 1, Metallgießer 1, Zinkgießer 1, Heizer 1, zusammen 238.

Arbeiter 207, Maschinenarbeiter 7, Fabrikarbeiter 1, Gummi-Arbeiter 1, Knopfabriker 1, Hilfsarbeiter 1, Portier 1, ohne Angabe 8, zusammen 227.

Baugewerbe: Maurer 79, Fuher 2, Zimmerer 26, Töpfer 6, Maler 17, Dachdecker 1, Glaser 4, zusammen 134.

Nahrungs- und Genussmittel-Industrie: Fleischnaturer 68, Konditor 1, Brauer 1, Brenner 1, Reiner 8, Zigarrenmacher 16, Zigarrenhändler 7, Zigarrenfabrikanten 6; zusammen 102.

Graphische Gewerbe: Schriftsetzer 17, (Buch-)Drucker 14, Schriftgießer 2, Steinbruder 3, Lithographen 2, Buchbinder 19, Preßvergoldner 1, Fräger 1, Maschinenmeister 1, Stereotypsetzer 2, Schnittdrucker 1, Korrektor 1, Albumarbeiter 1; zusammen 65.

Verleiddungsgewerbe: Schuhmacher 19, Schneider 14, Kürschner 2, Weber 1, Stepper 1, Polamentier 1, Färber 1, zusammen 39.

Leberindustrie: Lederarbeiter 14, Glaserarbeiter 1, Sattler 7, Ledgerer 1, zusammen 23.

Handelsgewerbe: Kaufleute 7, Händler 6, Milchhändler 1, Blumenhändler 1, Gärtner 2, Kranzbinder 1, Kohlenhändler 1, zusammen 19.

Steinindustrie: Steinarbeiter 1, Steinwehen 8, Steinseger 1, Steinschleifer 1, Glaschleifer 1; zusammen 7.

Sonstige Berufe: Bergarbeiter 17, Barbiers 10, Hausblener 10, Tapezierer 8, Rutscher 6, Radiker 4, Mucker 2, Expedient 2, Privatdozent 2, Porzellanmaler, Mediziner, Buchhalter, Expedient, Bureauhilfs, Kassierer, Heilgehilfe und Optiker je 1, zusammen 69.

Polizeiliches, Gerichtliches etc. — Das Zeugnis-Zwangsverfahren, das in dem Prozeß wegen Verleiddung des Amtssekretärs Müller in Lipine gegen den Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, Julius Bruns, angehängt war, ist eingestellt worden, nachdem Dr. Winter in Königsbütte sich der Staatsanwaltschaft als Verfasser der inkriminirten Notiz bekannt hat.

Aus Magdeburg. Der frühere verantwortliche Redakteur der „Volkstimme“, Genosse Baumüller, hat am 24. April in der Strafanstalt zu Gommern die dreimonatige Gefängnisstrafe anzutreten, die wegen Verleiddung des Magdeburger Magistrats über ihn verhängt ist. Dasselbst weilt gegenwärtig noch ein Redakteur der „Volkstimme“, Genosse Bahle. — Der Inhaber der Buchhandlung der „Volkstimme“ hat ein Strafmandat über 10 M. erhalten, weil das Sonnenschuhdach, das er vor den Fenstern und der Thüre der Buchhandlung errichten ließ, nicht in der vorgeschriebenen Höhe von 2,20 Metern angebracht sei. Wie die „Volkstimme“ mittheilt, war das Sonnenschuhdach an seinem äußeren Ende um fünf Centimeter zu tief gerathen, am Hause selbst aber in vorgeschriebener Höhe angebracht. Die Polizei hat bei dieser Gelegenheit eine phänomenale Fügigkeit gezeigt. Die Anzeige erfolgte, noch ehe der Tapezierer, der das Sonnenschuhdach herstellte, dem Inhaber der Buchhandlung mitgeteilt hatte, daß er sich seines Anhabers entledigt habe, und kaum hatte er diese Meldung gemacht, so war die Polizei schon da und nahm die Revision vor. Wenn die Magdeburger Polizei die Verkennung gesetzlicher und behördlicher Vorschriften an jeder manns so schnell und so energisch ahndet, so muß Magdeburg ein wahres Paradies der Gerechtigkeit sein. Unverständlich bliebe es dann nur, warum dieses selbe Magdeburg gerade einen Vertreter jener Partei in den Reichstag schickt, deren Organ die von der Polizei so ausdauernd verfolgte „Volkstimme“ ist.

Gelegentlich eines Ausflugs mit seiner Familie war der Partigenosse G. Rietisch in Torgau mit dem Gefinnungs-



genossen in D o m i t s c h a. E. zusammengetroffen und hatte diesen, die einen Verein gründen wollten, Auskunft darüber erteilt, wie sie das anzufangen hätten. Er schrieb ihnen auch auf, wie ungefähr das Statut lauten möchte. Diese harmlose Zusammenkunft wurde von dem Stadtpolizisten und dem Gendarmen als eine nicht angemessene öffentliche Versammlung betrachtet und aufgelöst. Niesisch erhielt dann ein Strafmandat, wonach er wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz 50 M. Strafe und 420 M. Kosten bezapfen sollte; die Wirth des betreffenden Lokals bedachte man mit 15 M. Strafe. In diesem Falle wird aber der Staatsfidel an die Arbeitergeschichten wohl oder übel verzichten müssen, denn vor dem Schöffengericht in Dommitzsch gelang es beiden Angeklagten, ihre glänzende Freisprechung durchzusetzen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Vom Beschlussthätigen des Holzarbeiter-Verbandes** werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß in unserem Kongressbericht die Ausgaben für Agitation irrthümlich auf 101 885,58 M. angegeben sind, während sie in Wirklichkeit nur 10 566,41 M. betragen. Damit stellt sich natürlich die Ausgabe für Gehälter, Agitation und Verwaltung in den drei letzten Jahren nicht auf 142 000 M., wie die von uns beigegebenen bürgerlichen Blätter frohlockend entnahmen, sondern auf 61 985,07 M. — eine Summe, die bei einer Einnahme von 950 987,84 M. gewiß äußerst gering erscheint und jede Kritik von vornherein abweist. Wir hatten verabsäumt, eine Nachrechnung über diese Posten zu veranlassen, da uns die Summe von 142 000 M. für Agitation, Gehälter und Verwaltung innerhalb dreier Jahre bei einer Mitgliederzahl von 42 000 und 477 Zahlstellen sehr mäßig erschien.

Die **Kordmacher** haben in der am Mittwoch abgehaltenen öffentlichen Versammlung beschlossen, sich am 1. Mai an der allgemeinen Versammlung der Holzarbeiter und darauf folgend an den Parteifestlichkeiten zu betheiligen. Der Treffpunkt ist um 10 Uhr bei **Stramm**, von wo aus der gemeinschaftliche Abmarsch um 11 Uhr nach der Brauerei Friedrichshagen erfolgt.

### Deutsches Reich.

**Der Zentralverband der Handlungsgehilfen** (Sitz in Hamburg) beruft zum 29. und 30. Mai nach Frankfurt a. M. eine Generalversammlung ein.

Die **deutschen Gewerbevereine** Hirsch-Dunder'scher Richtung halten am 30. Mai in Magdeburg einen Verbandstag ab. Auf der Tagesordnung befinden sich u. a. folgende Gegenstände: Referate und Diskussion über allgemeine Arbeiterfragen: 1. Wenn gebührt die Aufgabe der Arbeiterlosen-Unterstützung? Ref.: N. Mauch-Berlin und C. John-Burg. 2. Die Berufsorganisation der Arbeiterinnen und der jugendlichen Arbeiter. Ref.: Boch-Werlin und Schenk-Mannheim. 3. Wie stellen sich die deutschen Gewerbevereine zu den Arbeitseinstellungen? Ref.: Dr. Max Hirsch und H. Bahlke-Berlin. 4. Das Interesse der Arbeiter an der Handels- und Sozialpolitik. Ref.: A. Goldschmidt.

**Zum Streik am Riesberge.** Der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen sehr seine volle Kraft ein zur Niederhaltung der Auswärtigen. Er hat dem Georgs- und Marienhütten- und Bergwerks-Verein folgendes Telegramm übermittelt:

Der Ausschuss des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen ist nach eingehender Prüfung der Akten in Sachen des Arbeiterausstandes auf Ihrem Werke in Uebereinstimmung mit dem Verein für die bergbauischen Interessen im Ober-Vergamtsbezirk Dortmund und der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller einmütig der Ansicht, daß Sie mit Schonung aller berechtigten Interessen lediglich die Einmischung eines fremden Agitators in die inneren Angelegenheiten Ihres Werkes abgewehrt haben. Zudem Ihnen daher der Ausschuss des Vereins seine volle Zustimmung zu Ihrem Vorgehen ausdrückt, wird er zugleich seine sämmtlichen Mitglieder anfordern, im Interesse des Friedens unter unserer niederrheinisch-westfälischen Arbeiterschaft keinen der Arbeiter, welche die Arbeit auf dem Georgs-Marienhütten- und Bergwerks-Verein verlassen, in ihre Betriebe einfließen zu lassen.

Das Präsidium:  
gez. Frowein. Wenner.\*

Wie hübsch nimmt sich nicht in der Sympathie-Erklärung an die Bergwerksdirektion die Abweisung des „fremden Agitators“ aus — eine Bezeichnung, auf die wir bisher nur ein Anrecht hatten. Natürlich haben die Unternehmer das Recht, sich in fremde Angelegenheiten einzumischen, wie die Zuschrift der Unternehmervereinigung zeigt.

Die christlichen Bergarbeiter bekommen einen schönen Beweis von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit. Wegen dieser Sorte kapitalistischer Ausbeuter giebt es nur ein Kämpfen oder ein freches Unterwerfen der Arbeiter. Zwischen beiden haben die Arbeiter zu wählen.

Wie weiter mitgetheilt wird, haben die Auswärtigen, welche abgereist sind, in Hockum, Gelsenkirchen und Oberhausen keine Arbeit bekommen, trotzdem Arbeitskräfte fehlten. — Die Unternehmer-Organisation greift rücksichtslos ein — wann werden die Arbeiter ihnen ein Paroli bieten können? —

Der Vorstand des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter hat nunmehr einen Aufruf erlassen, in dem die Ursache und der Verlauf des Streiks geschildert wird. Es heißt darin:

„Was bleibt uns da anders übrig, als den ohne unser Zutun entstandenen Kampf mit allen gesetzlich erlaubten Mitteln durchzuführen? Auf den meisten Gebirgen in Oberbergamti Dortmund, selbst da, wo die sogenannten kleinen Feiertage offenbar keine gesetzlichen Feiertage sind, werden dieselben doch als Ruhetage gehalten. Die wenigen Betriebsverwaltungen in mehr evangelischen Gegenden, welche an den fraglichen Feiertagen arbeiten lassen, stellen die Arbeit in das Belieben der Arbeiter. Würden die Kameraden in Osnabrück die Feiertage einbüßen, so wären sie auch bald für die Vergleute des ganzen Ruhrreviers verloren.“

Zum Schluss wird darauf hingewiesen, daß der Sekretär des Gewerbevereins Herrn. Fahrenbruch, Altenesser, Unterstützungsgelder entgegennimmt.

Brast theilte in einer Versammlung in Osnabrück mit, daß Pfarrer Weber und Regenw. die beiden Mitglieder des Ehrenrats des christlichen Bergarbeitervereins, die ihre Mißbilligung gegen das Auftreten Brast's ausgesprochen hatten, ihr Amt im Verein niedergelegt haben.

**Wegen Löhndifferenzen** haben die Lederarbeiter bei Gebr. Böhm in W i l k e r die Kündigung eingereicht. In betracht kommen ca. 200 Arbeiter.

**Lohnbewegungen der Banarbeiter.** In Magdeburg wurde in einer Versammlung der Maurer die Zersammlung zur Deckung der Unkosten von dem überwachenden Beamten beschlagnahmt.

Der Zimmererstreik in F ü r t h ist beendet, die Gehilfen ermäßigten die Forderung der 1 1/2 stündigen Mittagspause auf 1 1/4 Stunden, worauf die übrigen Forderungen bewilligt wurden.

**Der Streik der Leipziger Feilenarbeiter** dauert unverändert fort. Da die Unternehmer Arbeitswillige bei hohen Löhnen suchen und Streikarbeit an verschiedenen Orten geschieht, so ersuchen die Auswärtigen ihre Berufskollegen, dieses Ansuchen zurückzuweisen, um den wüthigen Forderungen der Leipziger Feilenarbeiter zum Siege zu verhelfen. Im Streik stehen 40 Mann, darunter 14 Verheirathete mit 38 Kindern, die übrigen sind abgereist.

Die **Münchener Tischler** haben sich in einem Flugblatt an die Bevölkerung gewandt, in dem eingehend die Ursache der Aussperrung wie folgt dargelegt wird:

Die Hauptforderung besteht in der neunstündigen Arbeitszeit, alle anderen Forderungen sind größtentheils schon 1890 von den Meistern zugestanden worden und wieder verloren gegangen oder von Anfang an nicht innegehalten worden. Die neunstündige

Arbeitszeit ist also eine alte Forderung, sie stand schon bei der Bohnbewegung i. J. 1890 an der Spitze der Forderungen, mußte aber damals verschiedener Umstände halber fallen gelassen werden. Seit sieben Jahren ist nun manche Errungenschaft aus dem Jahre 1890 verloren gegangen, weshalb die Lohnkommission im vorigen Jahre versuchte, mit den Meistern eine Regelung der unhaltbar gewordenen Zustände herbeizuführen. Wir wenden uns an die gesammte Meisterschaft mit dem Gesuchen, ihr unsere Wünsche unterbreiten zu dürfen, erhielten aber keine Antwort. Ein volles Jahr lang haben wir immer wieder versucht, die Angelegenheit durch gütliche Vereinbarung und gegenseitige Aussprache zu regeln; umsonst. Als die Gehilfen sahen, daß ihre Bemühungen, in der Frage eine friedliche Lösung herbeizuführen, von der Meisterschaft völlig ignorirt wurden und man im gegnerischen Lager sich nicht entschließen konnte, mit der Lohnkommission zu verhandeln, legten sie in sieben der größten und ersten Geschäfte am Orte einhellig die Arbeit nieder.

Was that nun die vereinsigte Meisterschaft Münchens? Man warf kurzer Hand acht Tage später 1000 Tischlergesellen, darunter 500 Familienväter, auf das Pflaster, mit der Motivierung, daß die Werkstätten so lange gesperrt bleiben, bis die Tischlergesellen sich auf Gnade und Ungnade ergeben und ihre Forderungen zurückziehen. Die Gehilfenschaft wollte die friedliche Regelung der schwebenden Differenzen und hat den Ausweg mit den Arbeitgebern seit mehr als einem Jahre angestrebt, dafür wurde die Lohnkommission ignorirt, auf das empfindlichste verletzt und tausend Gehilfen aufs Pflaster geworfen.

Urtheile jeder selbst!  
**Der Tischlerstreik in Stuttgart** nimmt einen günstigen Verlauf. In den 19 Geschäften, die zu den geordneten Bedingungen arbeiten lassen, sind noch einige hinzugetreten, so daß nur noch in 11 Geschäften der Ausstand anhält.

**Der Verband der Maschinen- und Heizer Deutschlands** hielt in Altenburg zu Ostern seine vierte Generalversammlung unter dem Vorsitz Hirsch's in der Stadt ab. Vertreten waren 88 Orte durch ebensovielde Delegirte mit 41 Stimmen. Laut Bericht des Vorstandes gehörten am Schlusse der zweijährigen Verwaltungsperiode 1896 und 1897 dem Verbands 47 Vereine resp. Filialen mit 3000 Mitgliedern an, gegen 26 mit 1500 Mitgliedern am Schlusse des Jahres 1895. Im letzten Vierteljahr sind noch 9 Vereinigungen beigetreten, so daß der Verband zur Zeit 55 Lokalvereine resp. Filialen mit ca. 3500 Mitgliedern zählt. Der Kassenbericht für dieselbe Periode ergab eine Einnahme von 16 480,08 M., eine Ausgabe von 11 816,96 M. und einen Ueberschuß von 4663,12 M. Mit dem Bestand Ende 1895 in Höhe von 4005,25 M. war ein Gesamtvermögen von 8618,37 M. vorhanden. Unter den Ausgaben befanden sich: 100 M. zur Unterstützung der Hamburger Fabrikarbeiter, 500 M. für die englischen Maschinenbauarbeiter und 744,44 M. für Agitation. Der Bericht der Zeitschriftenverwaltung auf die Zeit vom 1. August 1895 bis Ende Dezember 1897 balancirte in Einnahme und Ausgabe mit 11 651,03 M.

Die Generalversammlung erteilte dem Vorstand, dem Kassier und der Zeitschriftenverwaltung Decharge und erhöhte die Summe der für die Agitation zu verwendenden Gelder von 800 auf 1600 M.

Die Mittheilungen über die Berufskategorie ergaben ein sehr trauriges Bild von der unverantwortlichen Leichtigkeit des Unternehmertums gegenüber den Gefahren, die mit dem Dampf- und Wasserkraftbetriebe verbunden sind, so daß es verwunderlich erscheint, daß nicht mehr Unglücksfälle zu verzeichnen sind. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, worin die Generalversammlung ihre entschiedene Mißbilligung ausdrückt über die Handhabung der Unternehmung der Dampfmaschinen durch die Ingenieure der Dampf- und Wasserkraftbetriebe; denn, da die Dampfmaschinenbesitzer als Mitglieder des Dampf- und Wasserkraftbetriebsvereins zugleich Arbeitgeber ihrer Revisionsbeamten sind, so können die Ingenieure umständlich ein unbefangenes Urtheil abgeben und haben somit keinen Einfluß und keine Handhabe, um Schutzvorrichtungen zu erzwingen und Mithstände zu beseitigen, welche des öfteren Leben und Gesundheit der Maschinen und Heizer bedrohen. Weiter heißt es: „Die Generalversammlung ist der Ueberzeugung, daß nur die Gewerbeinspektion im Stande ist, den Maschinen- und Heizern den notwendigen Schutz angedeihen zu lassen, und verlangt außerdem, daß der Gewerbeinspektion in den Dampf- und Wasserkraftbetriebe aus den Kreisen der Maschinen- und Heizer geeignete Personen als Assistenten beigegeben werden.“ Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, diese Resolution dem Bundesrath, den Einzelregierungen und den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und der Landtage zu übermitteln.

Beschllossen wurde weiter, daß das Verbandsorgan monatlich zweimal erscheinen und die Sitzung desselben neben sachwissenschaftlichen Artikeln auch solche bringen soll, die auf wirtschaftlichem Gebiete ausübend wirken und geeignet sind, das Klassenbewußtsein und die Solidarität unter den Maschinen- und Heizern zu heben. Der jährliche Zuschuß für das Verbandsorgan wurde von 1 M. pro Mitglied auf 1,20 M. erhöht.

Dem Verbandsstatut wurde eine Bestimmung eingefügt, wonach auch andere Gewerkschaften unterzucht werden können. Die Ziele des Verbandes erweiterte man durch folgende Bestimmung: „Mögliche Beschränkung der Arbeitszeit unter Zugrundelegung eines Lohnes, welcher für die Befriedigung der Bedürfnisse der Arbeiter und deren Familien ausreichend ist. Unterstützung der Mitglieder in allen Fällen, wo eine solche zur Erreichung des Verbandszweckes notwendig ist.“

Der Delegirte für Breslau brachte zur Sprache, daß die bei der Oderschiffahrt beschäftigten Maschinenisten infolge der Unverantwortlichkeit der Heizer nicht selten gezwungen sind, 90 bis 100 Stunden hintereinander ohne besondere Pause Dienst zu thun. Es wurde hierzu beschlossen, bei den betreffenden Körperschaften zu petitioniren, daß in allen den Betrieben, wo Tag und Nacht gearbeitet wird, für Maschinenisten und Heizer eine täglich achtstündige Arbeitszeit eingeführt werden möge und daß an den Tagen, wo die Schicht gewechselt wird, nur eine 16stündige Arbeitszeit zu absolviren ist.

Der Vorstand wurde ermächtigt, die in Deutschland stattfindenden Gewerkschaftskongresse aus seiner Mitte zu beschicken. Der nächste Verbandstag wird in Nürnberg abgehalten.

Im Anschluß hieran geben wir einige Ziffern aus den vom Verbandsorgan veranlasseten statistischen Erhebungen. Danach sind im letzten Jahre 78 Mitglieder zusammen 4488 Tage arbeitslos gewesen, also im Durchschnitt rund 60 Tage. Der niedrigste Lohn für Heizer, pro Stunde 18 Pf., wird in Spremberg gezahlt, dann folgt Sorau mit 14,3 Pf., Bamberg und Forst (N. 2.) mit 15 Pf. Der höchste Durchschnittslohn wird in Buzlebude, 58 Pf. pro Stunde, an Maschinenisten und Heizer, die auf Dampfmaschinen angestellt sind, gezahlt; der niedrigste Durchschnittslohn, 17, 21 1/2 und 23 1/2 Pf. in Spremberg. Die Arbeitszeit beträgt in keinem Orte unter 9 Stunden, steigt aber an manchen Orten bis auf 17 Stunden; in Breslau dauert sie 18, 22 und 24 Stunden. Die Sonntagsarbeit, von der besonders die Heizer betroffen sind, ist mit 2—17 Stunden angegeben.

## Soziales.

**Arbeiter-Risiko.** In der Cellulosefabrik in Reiskheim in Bayern sind zwei Arbeiter, die in einem Sturmen zu thun hatten, durch Ertrinken ums Leben gekommen.

**Im Jahresbericht des Fabrikinspektors für Weiningen**, der jeden im Regierungsblatt veröffentlicht wurde, wird mitgetheilt, daß in nahezu dreißig Prozent der 203 Betriebe, die im Jahre 1897 besucht worden sind, zuwiderhandlungen gegen gesetzliche Bestimmungen festgestellt wurden.

**Auf dem Verbandszuge der deutschen Feuerbestattungsvereine**, der dies Jahr in Berlin abgehalten werden soll, wird vom Verein in Hannover beantragt werden, daß im Namen der ca. 20 000 Mitglieder der deutschen Feuerbestattungsvereine an

sämmtliche deutsche Landesregierungen und Parlamente eine Petition um schnelle Einführung der obligatorischen Leichenschau in Deutschland gerichtet werden soll, soweit diese nicht schon eingeführt ist.

**Weibliches Postpersonal in Schweden.** Der Chef der deutschen Reichs-Postverwaltung hatte im Monat Oktober v. J. bei der schwedischen Postverwaltung um Auskunft über die Erfahrungen gebeten, die dort mit der Verwendung weiblichen Personals gemacht worden sind. Aus der Antwort der schwedischen Postverwaltung veröffentlicht jetzt der „Hamburgische Correspondent“ einige Daten. Danach werden in Schweden gegenwärtig etwa 400 Frauen im Postdienste beschäftigt, davon 235 als Postbeamtinnen von Postagenturen, die übrigen bei den Postanstalten 1. und 2. Klasse, und zwar zwei als Postmeister, 20 als Expeditorinnen und 144 als außerordentliche Gehilfinnen. Die weiblichen Postmeister beziehen 2025 M. Jahresgehalt, die Expeditorinnen 1800 M. und die außerordentlichen Gehilfinnen eine Remuneration von mindestens 844 M. und höchstens 1519 M. Die ersteren beiden Kategorien bekommen je nach den Dienstjahren entsprechende Zulagen und haben noch nicht unbedeutende Nebeneinnahmen. Zwischen den männlichen und weiblichen Beamten besteht in Beziehung auf Pflichten und Rechte kein anderer Unterschied als der, daß die männlichen fest angestellten Beamten 225 M. und die außerordentlichen 169 M. jährlich mehr als die weiblichen erhalten. Als Bedingung für die Anstellung der weiblichen Postbeamten stellt die Postverwaltung ein besonderes Examen hin: Außerdem müssen die weiblichen Postmeister und Expeditorinnen das mündige Alter erreicht haben und unverheirathet oder Witwen sein. Sobald sie sich verheirathen, verlieren sie ihre ordnungsmäßige Stellung. Können aber als nicht ordnungsmäßig ferner Verwendung finden. Was nun die Erfahrungen betrifft, die die Postverwaltung in Beziehung auf die Arbeit der Frauen gewonnen hat, so berichtet die Verwaltung folgendes: Im allgemeinen ist die Arbeit der weiblichen Beamten qualitativ mit der Arbeit der männlichen von gleichem Werth. Die jüngeren Beamtinnen haben aber im allgemeinen kein großes Interesse für ihre Beschäftigung, eben weil sie dieselbe nur als eine vorübergehende betrachten. Quantitativ läßt die Frauenarbeit viel zu wünschen übrig. Ihre physische Kraft reicht in den meisten Fällen für die anstrengende Thätigkeit nicht aus, und die Frauen haben infolge dessen häufig einen Urlaub nöthig, der bei den männlichen Beamten nicht vorkommt. Im allgemeinen ist die Arbeitsfähigkeit der Frauen vor dem fünfzigsten Jahre vollständig unzureichend.“

Aus diesen und anderen Gründen soll die Verwendung der Frauen im Postdienste sich als nicht besonders empfehlenswerth erwiesen haben.

## Versammlungen.

**Der zweite Wahlverein** hielt am Dienstag eine ordentliche Generalversammlung in Habel's Restaurant, Bergmannstraße, ab. Der Bericht des Kassiers ergab als Bestand für das letzte halbe Jahr 493,37 M.; 1850,17 M. Einnahmen und 1856,90 M. Ausgaben standen sich gegenüber. Die Mitgliederzahl des Vereins beläuft sich zur Zeit auf 980. Die Revisoren bekundeten die Wichtigkeit des Berichtes des Kassiers, sodas demselben Decharge erteilt wird. Hierauf werden 600 M. dem Vorstande zu Agitationszwecken überwiesen. Der Bericht des Vorstandes erteilt, daß 3 Vorstandssitzungen und 8 Versammlungen abgehalten wurden, welche leider zum Theil einen schwachen Besuch aufzuweisen hatten. Da mehrere Mitglieder, welche über ein Jahr mit dem Beitragsgeld rückständig waren, vom Vorstande von der Mitgliedsliste gestrichen sind, erhebt sich hierüber eine längere Diskussion, an der sich Lange, Schäler, Jubel, Witte, Köhler, Wolpert, Balle und Müller betheiligen. Ein diesbezüglicher Antrag, die sechs Monat säumigen Mitglieder schriftlich zur Zahlung aufzufordern und dann, falls dies erfolglos geschieht, in der Generalversammlung zu verlesen, wird angenommen. Ein weiterer Antrag Jubel's, in Zukunft die Zersammlungen in den Mitgliederversammlungen zu unterlassen, wird gleichfalls angenommen. — Man schreitet nun zur Vorstandswahl, welche folgendermaßen ihre Erledigung findet: 1. Vorsitzender **Waltow**; 2. Vorsitzender **Köhler**; Kassier **Schäler**; 1. Schriftführer **Köcher**; 2. Schriftführer **Dahme**; Revisor **Schönheim**; Revisoren **Witte**, **Luz** und **Sinh**. — Nach einer allgemeinen lebhafte Erörterung über die Stellungnahme des Wahlvereins zu der nächsten Reichstagswahl schließt der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

**Rathspugler.** In der am 19. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Die Versammlung beschließt, daß die Kollegen den Unternehmern bis spätestens Montag, den 25. April d. J., folgende Forderungen unterbreiten: 1. Wo noch im Akkord gearbeitet, wird keine weitere Arbeit im Akkord angefangen, sondern ein Tageslohn und zwar Minimallohn von 70 Pf. pro Stunde fordert. 2. Wo noch nicht 70 Pf. gezahlt werden, wird auch bis Montag die Forderung dahingehend gestellt. Ferner wurde bestimmt, den freiwilligen Beitrag von 1 M. auf 50 Pf. herabzusetzen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Zu der Gänther'schen Mordthat** ist, wie das Polizeipräsidium mittheilt, die Ermittlung zweier Personen dringend wünschenswert, die als Zeugen über einen Vorfall vernommen werden sollen, der durch sie aufgeföhrt werden kann. Es sind dies zwei Brüder mit Vornamen Otto und Ernst, welche bis Weihnachten 1897 in Langlokal von Schneiseberg in der Hasenhaide verkehrt haben. Ernst wollte Gänther sein und hat später erzählt, daß er Reisender für ein einem Verwandten gehörendes Zigarrengeschäft sei; er soll im Herbst v. J. vom Militär entlassen sein. Ferner wird derjenige Zeuge gebeten, sich bei der Kriminalpolizei zu melden, welcher mit unter den Erben am Thotort gewesen ist und sich dem Schymann gegenüber Arbeiter Friedrich Lehmann aus Niddorf, Demannstr. 23, genannt hat.

**Wien, 21. April. (W. Z. B.)** Abgeordnetenhaus. Nach Beantwortung mehrerer Interpellationen lokaler Natur durch den Ministerpräsidenten und den Justizminister legte das Haus die Beratung über die Anträge, den früheren Ministerpräsidenten Grafen Bani in Anklagezustand zu versetzen, fort. Nachdem die Abgeordneten Eisele, Heizer, Straucher, Mayreder, Pfeisler, Schneider und Lant für die Verurteilung der Anklage gesprochen hatten, wurde die Verhandlung abgebrochen.

**Paris, 21. April. (W. Z. B.)** Der Appellhof verwarf die Appellation Pola's gegen den Beschluß der Strafkammer in betreff der Zuständigkeit der in dem Verleumdungsprozeß gegen die Schreckschäferschuldigen.

**Madrid, 21. April. (W. Z. B.)** Der amerikanische Konsul in Malaga ist nach Uebergabe der Archive und des Mobilars an den englischen Konsul nach Gibraltar abgereist. Der Sekretär der Präsektur gab dem Konsul das Geleit nach Mahon. Das Wappenschild und die Fahnenstange wurden vom Konsulatsgebäude entfernt.

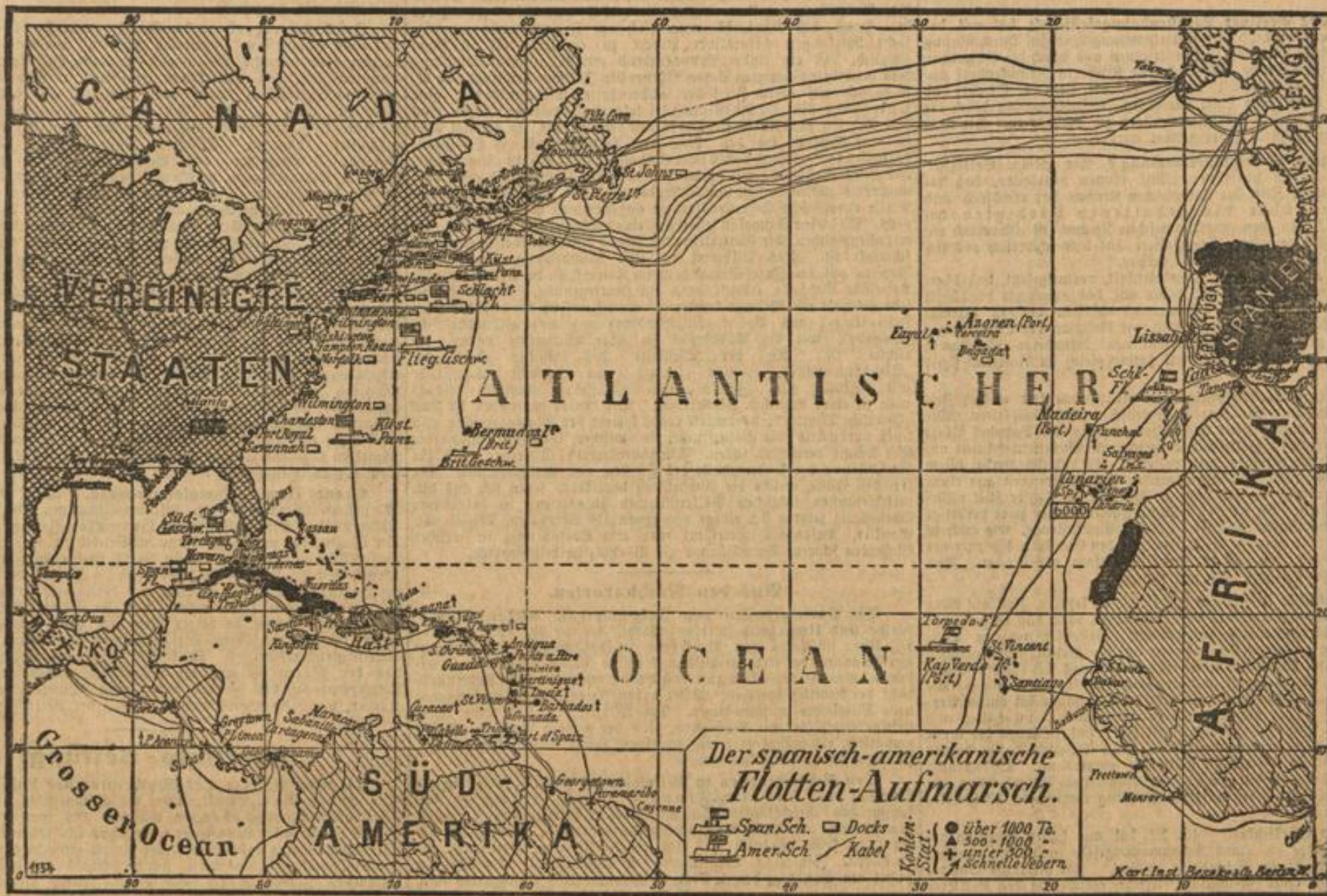
**Madrid, 21. April. (W. Z. B.)** Senat. Marschall Martinez Campos trägt an, ob es wahr sei, daß der amerikanische Gesandte Woodford seine Pässe erhalten habe und daß der spanische Gesandte in Washington, Polo Bernabe, Washington verlassen habe, um nach Spanien zurückzukehren. Der Minister des Auswärtigen beantwortet beide Fragen zustimmend; er habe Bernabe Befehle gegeben, alle Begleitungen zu der amerikanischen Regierung abzubrechen.

**Washington, 21. April. (W. Z. B.)** Das Kriegsdepartement forderte Kosten auf, zur Vertheidigung der amerikanischen Küste mitzuwirken.

**Tjebdah, 21. April. (W. Z. B.)** Seit drei Tagen kam keine Ankündigung an der Post vor. Infolge eines Beschlusses des internationalen Gesundheitsrathes werden sich die aus Mekka zurückkehrenden Pilger anstatt in Tjebdah in Ad-el-Kewab einschiffen.



Die Kriegsvorbereitungen Spaniens und der Union.



Raum irgend jemand glaubt heute noch an die Möglichkeit, daß der drohende Kriegsausbruch zwischen Spanien und der Union noch vermieden werden kann, und es dürfte sich in der That auch nur noch um eine kurze, von beiden Seiten energisch für Rüstungszwecke ausgeführte Frist handeln. Langsamer als wir dies bei den Kontinentalstaaten Europa's infolge des deutschen vorbildlich gewordenen Musters gewohnt sind, vollziehen sich die einer vollständigen Mobilmachung entsprechenden Rüstungen der beiden genannten Staaten, ein Zeichen, daß ihre Wehrkraft bei weitem nicht auf der Höhe der Zeit steht. Hunderte von Millionen werden von beiden Seiten ausgegeben und Perise für Waffen, Schiffe und Ausrüstungsgegenstände damit bezahlt, welche den normalen Werth der Sachen oft um das Doppelte übersteigen. In aller Eile werden namentlich Seekriegsmittel der verschiedensten Art beschafft, ganz fertige oder in Ausrüstung begriffene fremde Kriegsschiffe und Handelsdampfer gekauft, um die eigene Kriegsschiffe zu verstärken; aber es darf dabei nicht übersehen werden, daß ein Quantum gekaufter Schiffe noch keine Kriegsschiffe ist, sondern gerade hier in besonders hohem Grade der Werth einer kriegsmäßigen Ausbildung der Mannschaften und Führer ins Gewicht fällt und die Geschwadersführung eine Beherrschung des lebenden wie todtten Materials erheischt, die durch die Komplexität des letzteren noch ganz außerordentlich erschwert wird.

Der spanisch-amerikanische Kampf wird sich vornehmlich auf dem Atlantischen Ozean abspielen, wir bieten deshalb unseren Lesern in beifolgendem Kartenbilde eine Darstellung des hier in betracht kommenden Theiles desselben, die alle Angaben enthält, welche zur Beurtheilung in kriegsmäßiger Hinsicht nöthig sind.

Es sind dies die unterseeischen Kabel, die Kohlenstationen und Docks. Von unterseeischen Kabeln wird vornehmlich

der Norden des Atlantischen Ozeans durchquert, nicht weniger als acht Linien gehen von Irland, zwei von Lonsend und zwei von der französischen Westküste nach Kanada und dem Norden der Union. Von der Küste der letzteren aus ist Kabelverbindung nach der britischen Bermuda-Gruppe, ferner nach Westindien und von da die Küste Südamerica's entlang. Von der europäischen Küste gehen über Spanien Kabel nach den Azoren, Madeira, den Kanarischen und Kapverdischen Inseln, die Küste Afrika's entlang und direkt nach Südamerika.

Die spanischen Besitzungen sind, wie das Mutterland in Europa, an der Westküste Nordamerika's sowie in Westindien (Kuba, Porto-Riko) durch schwarze Signatur markirt, die nordamerikanischen Union durch gekreuzte härtere Schraffirung.

An den Küstenorten sind weiter alle dort vorhandenen Kohlenstationen angegeben, da deren Vorhandensein in der Seekriegsführung unserer Zeit, wo nur Dampfschiffe ohne Segel verwendet werden, von außerordentlicher Bedeutung ist. Die Kohlenstationen sind (vgl. die Zeichenerklärung) je nach der Größe des in ihnen aufgetapelten Kohlenvorraths durch verschiedene Signaturen markirt, auch ist durch einen Pfeilstrich neben einigen angedeutet, ob in der betreffenden Station Einrichtungen zur schnellen Uebernahme von Kohlen vorhanden sind.

Das Vorhandensein von Docks in den verschiedenen Küstenstädten ist durch Einzeichnung kleiner Rechte bei den Namen derselben vermerkt. Docks sind in modernen Seekriege von ganz außerordentlicher Bedeutung für die Wiederinstandsetzung von verletzten Schiffen, weil gegenwärtig in viel größerer Maße als früher sich der Angriff gegen ein Schiff gegen den Unterwassertheil desselben richtet (Torpedos, Minen, Rammes) und daher Verletzungen unter Wasser, die sich nur im Dock repariren lassen, in großer Zahl zu erwarten sind.

Ueber den beiderseitig ins Werk gesetzten Flottenaufmarsch ist kurz folgendes zu sagen: Die spanische Flotte stationirt mit ihrem Gros bei Cadix an der atlantischen Küste des Mutterlandes, wohin die Schiffe der Flotte nach zusammengezogen sind. Ein erstes Torpedogeschwader ist nach den Kapverdischen Inseln vorausgeschickt, woselbst dasselbe weitere Befehle erwartet, ein zweites Torpedogeschwader wird ihm demnächst von Cadix aus folgen. Bei Kuba befindet sich ein aus über vierzig, meist kleineren und kleineren Schiffen bestehendes, durch einige Panzerschiffe verstärktes Geschwader. Havana ist durch Minen gesperret, auf den Kanarischen Inseln wird ein Truppentorps von 6000 Mann nebst Artillerie zusammengezogen.

Die Vereinigten Staaten haben ihre Ostküste durch Geschwader von Küstenpanzern im Norden (Boston) und Süden (bei Savannah) geschützt; ein fliegendes Geschwader von 4 Kreuzern, zur Offensive bereit, wurde auf der Hampton-Rheide zusammengezogen und soll von dort bereits nach Süden in See gegangen sein. Die Schlachtschiff-Flotte liegt vor Newyork, welche letzteres sich zur Verteidigung vorbereitet, ein Südgeschwader in Stärke von 28 Schiffen, Panzern, Kreuzern, Kanonen- und Torpedobooten liegt im Golf von Mexiko, zum größten Theil südwestlich von Florida bei Key-West konzentriert, bereit zur sofortigen Offensive gegen Kuba. An dem Eisenbahn-Knotenpunkt Atlanta in Süden der Union wird eine Landarmee von 25 000 Mann, die später auf 100 000 verstärkt werden soll, zusammengezogen, die zu Landungsoperationen gegen Kuba verwendbar sein soll. Einem noch nicht bestätigten Bericht zufolge sollen die Amerikaner beabsichtigen, die kleine, in unmittelbarer Nähe der spanischen Kanarien gelegene Inselgruppe der Salvages zu okkupiren, um dort einen Flottenstützpunkt zu haben.

**Lokales.**

**Sechster Reichstags-Wahlkreis.** Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Dienstag, den 20. April, abends 8 1/2 Uhr, im Ködliner Hof, eine Parteiverammlung stattfindet. Die Tagesordnung lautet: Berichterstattung der Vertrauensleute; Wahl der Prekominmission; Vortrag des Genossen Wilhelm Diebknacht; Die Partei und die bevorstehenden Wahlen.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Heute, abends 9 Uhr, beginnt in der Inselstr. 10 der Kursus in der Naturerkenntniß (Entwickelung der Ideen über Entstehung und Zusammenhang des Weltgebäudes). Vortragender: Dr. S. Vorhardt. Wir bitten um zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Die kgl. Hofkammer, in die im geliebten Preußen der Oberbürgermeister einer Weltstadt von oben gedrängt wird, kam am Mittwoch in einer Vereinsversammlung des liberalen Bezirksvereins Neu-Kölln zur Sprache. Dort war ein Antrag eingebracht worden, den Oberbürgermeister Zelle durch Resolution die Anerkennung für seine bisherige amtliche Thätigkeit auszusprechen und zugleich die Stadtverordneten-Versammlung um die Wiederwahl des Scheidenden zu ersuchen. An der Debatte beteiligten sich die Stadtverordneten Förster, Mattern, Hammerstein und Lewi. Der von Reichow geleitete Beschlusstrag fand bezüglich seines zweiten Theiles von sämtlichen Diskussionsrednern scharfe Zurückweisung, weil er zwecklos sei und den Anschauungen eines großen Theiles der Berliner Bürgerschaft nicht entspreche. Stadtverordneter Mattern und Hammerstein nahmen Herrn Zelle gegen mancherlei Vorwürfe in Schutz und betonten, daß nicht alles, was der Leiter des Magistrats zu vertreten habe, auch immer seiner inneren Ueberzeugung entspreche. Stadtverordneter Hammerstein, Mitglied der gemischten Kommission in der Denkmalsangelegenheit, erklärte sich durch die Amtverschwiegenheit für gebunden, einen vollständigen Bericht über die Kommissionsverhandlungen in dieser Frage zu geben, doch konstatare er, daß Herr Zelle mit Stolz seiner Erlebnisse vom 18. März 1848 gedenke und auch ursprünglich selbst seine Stimme für die Errichtung eines Denkmals abgegeben habe. Wenn Herr Zelle an der entscheidenden Schlussabstimmung sich nicht beteiligte, so habe er — Rehner — die Empfindung, daß er es nicht durfte. — Da der

zweite Theil der Resolution von dem Antragsteller zurückgezogen wurde, gelangte nur der erste zur Abstimmung, an der sich ein großer Theil der Anwesenden überhaupt nicht beteiligte. Von den übrigen stimmten 13 für und 10 gegen den Antrag.

Uns will scheinen, daß die mitgetheilten Gründe weder Herrn Zelle, noch die Halbheit des von ihm vertretenen Magistratsliberalismus entschuldigen können. Eine Sache, der man mit Stolz gedenkt, läßt man auf einen Wink von oben her nicht so ohne weiteres in Stich.

**Eine schärfere Handhabung der Radfahrordnung** kündigt der Polizeipräsident in folgender Mittheilung an: Mehrmals, durch rückwärtslose Radfahrer neuerdings herbeigeführte, zum theil recht erhebliche Unfälle haben dem Polizeipräsidenten Veranlassung gegeben, der Schutzmannschaft die strenge Beachtung der den Radfahrerverkehr regelnden Bestimmungen aufs neue einzuschärfen. Die Exekutivorgane sind angewiesen, besonders auf folgende, in den entsprechenden Polizeiverordnungen verbotene Punkte zu achten.

1. Jedes übermäßig schnelle Fahren, Wettfahren sowie Umkreisen von Menschen und Thieren ist verboten.
2. Die Fahrordnung ist genau zu befolgen und stets die rechte Seite des Fahrdammes innezuhalten.
3. An Straßenkreuzungen, an besonders verkehrsreichen Punkten und überall, wo durch das Radfahren Menschen gefährdet werden können, ist langsam zu fahren, auch erforderlichenfalls zu halten und abzuweichen.
4. Der Verkehr mit einseitigen Zweirädern hat sich von den in der Polizeiverordnung vom 25. Januar 1896 bezeichneten Straßen fernzuhalten, insbesondere ist auch das Durchqueren des Potsdamer Platzes, des Spittelmarkts, der Straße Unter den Linden, des Opernplatzes, des Platzes am Zeughaus und des Lustgartens unzulässig. Mit Zwei- und Mehrsitzen (Landes) darf im Innern der Stadt nicht gefahren werden. Der Verkehr derartiger Maschinen bleibt auf die durch die Polizeiverordnung vom 24. März 1884 bezeichneten Außenbezirke beschränkt. Bei diesen durchgangsgemäßen für das Publikum recht gefährlichen Fahrzeugen sind auch die vorstehenden unter 1 bis 3 erneuten Vorschriften besonders streng zu beachten. Die mehrfach wahrgenommene Mißnahme einer zweiten Person, insbesondere eines Kindes, auf einem einseitigen Zweirade, ist wegen der damit verbundenen Gefahr unzulässig. Auch steht es mit der durch die Polizeiverordnung vom 28. März 1895 den Radfahrern zur Pflicht gemachten gehörigen Vorsicht in der Leitung des Fahrrades nicht im Einklange, wenn während der Fahrt die Lenkstange losgelassen

wird. Das Polizeipräsidentium hat Maßregeln getroffen, die die genaue und besonders auch stetig fortgesetzte Kontrolle dieser Bestimmungen durch die Schutzmannschaft für die Dauer sichern.

Im allgemeinen kann man diesen Anordnungen nur beipflichten. Zu wünschen wäre, daß die Instruktion, welche von der steten Anwesenheit der rechten Seite des Fahrdammes handelt, nicht allzu bürokratisch gehandhabt würde. An sich fügt sich jeder verständige Radfahrer schon im eigenen Interesse dieser Regel. Beim Laviren durch das Gewühl lebhafter Straßen paßirt es aber nicht selten, daß man zur besseren Abweidung des Verkehrs auf wenige Augenblicke nach der verbotenen Seite hinüberlenken muß. Hierin wird hoffentlich auch in Zukunft niemand eine Uebertretung sehen.

Die städtische Markthallen-Deputation hat in der gestrigen unter Vorsitz des Staatsrats Schäfer stattgefunden Sitzung beschlossen, das vom 1. Mai d. J. ab in der hiesigen Zentral-Markthalle la - Neue Friedrichstr. 29/31 - zur Herstellung gelangende Eis zum Verkauf zu bringen, dergestalt, daß das gesammte Tagesquantum von ca. 100-150 Zentnern Eis einem Respektanten überlassen werden soll.

Für den Barbier Zietzen tritt jetzt auch das Deutsche Adelsblatt ein. Es schreibt: „Läßt sich denn gar nichts thun, um den bekannten unglückseligen „Fall Zietzen“ einer endgiltigen, die öffentliche Meinung beruhigenden Klärung entgegenzuführen? Wir wollen uns ein abschließendes Urtheil über den traurigen „Fall“ nicht erlauben. — Thatsache ist indessen, daß in den allerweitesten Kreisen die feste Ueberzeugung von der Unschuld des wegen Mordes zu lebenslänglichem Guchhause Verurtheilten sich Bahn gebrochen hat. So bildet jener Fall eine fortwährende Beunruhigung des öffentlichen Gewissens und Rechtsgefühls, umsonst als der Unglückliche trotz unfählicher Qualen eine etwaige Begnadigung antrifft und nichts weiter verlangt, als eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Sollte es denn garnicht möglich sein, eine solche in die Wege zu leiten — wenn schon aus keinen anderen Gründen, so doch wenigstens um diesen Beunruhigungsbezirk aus der Welt zu schaffen? Die Atmosphäre der Gegenwart ist ohnehin schon gerade genügend mit gefährlichen Stoffen geschwängert, und die juristische Wissenschaft hat ja schon so wunderbare Resultate erzielt, daß es ihr auch diesmal vielleicht gelingen würde, das Scheinbar Unmögliche möglich zu machen.“ — Ganz verständlich vom Adelsblatt.











# Freitag den 22. April

## Knaben-Garderobe

	Für das Alter von ca.								
	2-3	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	Jahren		
<b>Parchend-Blusen</b> , gemustert,	1.-	1.15	1.30	1.45	1.60	1.75	Mk.		
<b>Schul-Anzüge</b> , Kittel- und Blusenform, gezwirnter Buckskin-Stoff	5.25	5.75	6.25	6.75	7.25	7.75	Mk.		
<b>Joppen-Anzüge</b> , dunkelblauer Cheviot oder farbiger Lodenstoff	6.75	7.25	7.75	8.25	8.75	9.25	Mk.		
<b>Jackett-Anzüge</b> , dunkelblauer Cheviot gefüttert, (mit Weste)	Für das Alter von ca.								
	9-10	10-11	11-12	12-13	13-14	Jahren			
<b>Jackett-Anzüge</b> , mode gemusterter Buckskinstoff, (mit Weste)	7.75	8.25	8.75	9.25	9.75	Mk.			
<b>Mädchen-Matrosen-Jacketts</b> , dunkelblauer Cheviot mit hellblauem Satin-Kragen	Für das Alter von ca.								
	1-2	3-4	4-5	5-6	6-7	7-8	8-10	10-12	Jahren
	5.50	6.-	6.50	7.-	7.50	8.-	8.50	9.-	Mk.

# Warenhaus A. Wertheim

## Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

## Erfurt-Ilversgehofen

Renommiertes Fabrikat.



Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:

**Herren-Zugstiefel**, gewalzt, Spezialität... 7 Mk.  
 ohne Naht, Spiegel 8,50 Mk.  
 Befest. u. Knopfergierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 Mk.

**Agraffenstiefel**, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 Mk.

**Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den verschiedensten Dessins und Preislagen.

**Arbeitschuhe**, reell, solid, fräftig, 4,50 bis 6,50 Mk.  
 Schaftstiefel, Reitstiefel.

**Damen-Zugstiefel** 2,00, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 Mk.  
 Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befest. u. Kappe, von 5,50 Mk. an.

**Schnürschuhe** von 2,50 Mk. an.  
**Hausschuhe** von 3,00 Mk. an.

**Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel** u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet.

zu anerkannt sehr billigen Preisen.

**Ballschuhe** in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 Mk. an.  
 Größte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen.

### Verkaufsstellen:

**Berlin** SW, Belle-Alliance-Str. 102.  
 W, Schilffstraße 12.  
**Stettin**, Weichseluferstraße 14.  
**Hannover**, Klagenmarkt 7a.  
**Hamburg**, Steinstraße 16.  
**Bremen**, Finkenstraße 75.

**Düsseldorf**, Schadowstraße 57.  
**Köln a. Rh.**, Eigelstein 66.  
**Frankfurt a. M.**, Tiefenbrunnweg 26.  
**München**, Sendlingerstraße 10.  
**Dachau**, Dachauerstraße 93.  
**Landshut**, Landshuterstraße 7.

Feste Preise!



**Oscar Arnold**, Hut-Engros-geschäft.  
**Dresdenerstr. 116**, am Oranienplatz (Kahn-Laden).

Einzelverkauf feinerer Waaren in größter Auswahl zu nachstehenden Preisen:  
**Herrenhüte**, weich von Mk. 1,25-4,00, steif von Mk. 2,00-3,50, z. Haarfilz von Mk. 4,50-7,00, Cylinderhüte von Mk. 4,00-11,00, Chapeaux claque von Mk. 9-12, Kinderhüte von Mk. 0,75-2,50, Confrmandenhüte von Mk. 1,00-2,50, Herrenmützen von Mk. 0,45-2,00, Knaben- u. Mädchenmützen, leichte Helsehüte, Turnershüte, Jagdhüte, Lodenhüte etc.

Sehr vortheilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!  
 Bitte genau auf obige Firma zu achten, da sich keine Zweiggeschäfte haben.

## Fahrräder

Stets großes Lager erhaltener, fabriksfrischer auf 44592\*

## Theilzahlung

ohne Preisermäßigung zu den konstantesten Zahlungsbedingungen.

Reparatur-Anhalt.

## Adomeit & Landau

Lothringerstraße 48 I, direkt am Rosenthaler Thor.

Edelkalkulation m. Vergatten preisw. höherer Expedition des „Bismarck“, Gesundbrunnen, Gohmann, Grünhaldenstr. 65, abends 6-8 Uhr. (48952\*)

## Arbeitsanzüge

W. Fahr Brunnenstr. 112.

Fabriken, Werkstätten etc. liefert ich:

40/2 Klajsh. Export-Beibier ohne Wasserzusatz für 3 Mk.

40 Klajsh. helles Bairisch-Bier von welcher Brauerei gewünscht wird für 3 Mk. 43082\*

## A. Seidler

Berliner Export-Weibier-Brauerei.

Schöneberg-Berlin W., Sedanstraße 82, Fernsprecher: Amt Schöneberg Nr. 92.

## Central-Leihhaus, 72 Jägerstr. 72, zwischen Kanonier und Mauer-Strasse.

Im neu umgebauten Warenhause. 30 helle Räume in drei Etagen.  
 Täglicher Verkauf von modernen Frühjahrs-Paletots und Anzügen (neu u. wenig getragen), beste Stoffe Knaben- und Jünglings-Anzüge, Herren- und Damenstiefel, Fracks und Servir-Anzüge. Auch für corpulente Personen passende Sachen. Goldene u. silberne Herren- und Damen-Uhren, Ketten und Goldwaaren. Alles ganz besonders preiswerth. Auch Sonntags geöffnet von 7-10 und 12-3 Uhr Mittags. Politisch concessionsiertes Leihhaus.

**Bade-Anstalt**  
 An der Stadtbahn 50, am Hackeschen Markt.  
 Lehtannin-, Dampfbäder, Schwefelbäder, Wannen- und alle medizinischen Bäder.  
 Annahme von Krankenbässen: Scheinen.  
 Geöffnet bis 10 Uhr abends. Sonntags bis 3 Uhr. 4701L\*

## Neu eröffnet! Kaufhaus

für Herren- u. Knaben-Bekleidung

**Heinrich Taureck**  
 Reinickendorferstr. 58, gegenüber der Wiesenstrasse.

Jacket-Anzug . . . . . von 8,- bis 36 Mk.  
 Sommer-Paletots . . . . . von 8,50 bis 30 Mk.  
 Hosen . . . . . von 1,50 bis 12 Mk.  
 Knaben-Anzüge . . . . . von 2,- Mk. an.

Arbeiter-Bekleidung für sämmtl. Gewerke.  
 Großes Lager von in- und ausländischen Stoffen.

Anfertigung nach Maass.  
 Geschäft-Grundjah: Streng reelle Bedienung, äußerst billige, aber feste Preise, solide, gute Waaren, dauerhafte Arbeit und tadelloser Sitz. 4768L\*

## Sonnabend: Rest-Verkauf!

Anzug-, Paletot-, Hosen-Stoffe.

**Brenner & Cie.,**  
 Alte Jakobstrasse No. 57-59

## Deutsch. Vortier

Deffert u. Waigstr. 1. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, def. f. Bismarck, Bräuterkonf., Viehh., 1858, Reform, u. d. leicht bestimm., nach fräftigste Bier. - Ist blutbild., best. def. Weibst. u. Gewichtszunahme. 14 Klajsh. drei, 10 jeht M. erst. In Web. (1/2, 1/4, 1/8) u. Selbst. abt. weinkl. bill. Klein-Verkaufst. f. Berlin u. Prov. Bortierfabriker Riegler, Berlin, Brunnenstr. 152. Nichtzählchenzahl - Duaf. entseid.



Warne hiermit Jedem, meiner Ehefrau **Helene Peschel** geb. Gärtner etw. zu dargen, da ich für nichts aufkomme. 19/16 Karl Peschel, Schultstr. 45.

## Betten

von 10 Mk. an, Mandarinen-Damen 2,35 Mk., Bettwäsche, Steppdecken, Gardinen spottbill. Lude's Bettenhaus, Reanderstr. 8, Versandt d. Nachnahme.

## Sopha-Stoffe

aus Resten in Nipd., Damast, Crève, Phantastik, Gobelin und Blach spottbillig! 40252\* Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Oranienstr. Nr. 158.

**Carl H. Klippstein & Co.**  
 Wollerei und Versand-Geschäft.  
 Mühlhausen 1. Thür. No. 11.

Grünhüte, Hauskleiderstoffe; Roland Cheviot, Herren-Anzug u. Velocitastoffe; unsere unverwundlichen u. schiffartigen Spezialitäten sind, \* \* \* was vielfache \* \* \* Anerkennungen bewiesen, unerreicht.

## Grüner Weg 80

## Großer Ausverkauf

## Gardinen

## Resten

Alterer Muster in weiß und creme, zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem Gardinenfabrik-Lager von **Bruno Güther**, aus Plauen in Sachsen, Berlin O., Grüner Weg 80 port. Eingang vom Flur (fein Laden). Resten treffen täglich ein. Proben nach anheftig portofrei.

## Grüner Weg 80

## Berge vor der Noth!

## Allgemeine Volks-Krankenkasse

C. P. 126. Staatlich genehmigt für ganz Deutschl. Hauptstellenlokal: Berlin N., Müllerstr. 174 I. Telephon-Nr. II. 2436. Barausgaben 8-4 Uhr.

Keine Beiträge! Hohes Krankengeld! Auch für Sonn- und Festtage wird Krankengeld gezahlt. Aufnahme erfolgt ohne ärztliche Untersuchung für Männer u. Frauen.

## Agenten

für alle Orte Deutschlands jederzeit gesucht. 47692\* Engros. 46992\* Export. **Schuhwaaren-** Lager in sämmtlichen Artikeln. Detail-Verkauf zu Engros-Preisen. **Alexanderstr. 67a, I. Etage** (am Alexanderplatz). Sonnabend geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntags 8-10 Uhr vorm.

## Vereinzimmer, gr., Steindamm 23.

## Zu Sommerfestlichkeiten.

Großer Saal und Garten mit Theaterbühne, 2000 Personen fassend, Vereinslokal, 2 Regelmäßig, empfiehlt **Julius Wernan**, 48049 Schwedterstr. 23/24.

## Freunden und Bekannten

hiermit zur Kenntniss, daß ich mein Lokal nach der **Müllerstr. 114** verlegt habe. Dasselbe liegt den Gästen ein großer Garten mit Kegelbahn zur Verfügung. Auch können Familien Kaffee trinken. 20375\* Häufiger Besuch steht entgegen **Rudolf Pinkernelde**.

Allen Freunden und Bekannten theile hierdurch mit, daß ich Reichensbergerstraße 96a ein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal** eröffnet habe, und bitte um geneigten Zuspruch, auch steht ein Vereinszimmer mit Piano zur gefälligen Benutzung. 20955 **Reinhold Schüge**, Schantwirth.

## Goldabfälle.

gold, Trefsen, Platin faukt die Scheide-Anstalt Bismarckstraße 32. 48712\*

## Arbeitsmarkt.

Werkführer, tüchtig u. erfahrt, für meine Kohleisen-Fabrik gesucht. Werkmeister, Brunnenstr. 194.

Zum Ausschneiden von Goldbleichen gelbte Arbeiter gesucht. Wegenerstr. 15. Verheiratete u. Hardigmacherinnen von Göpfert, Blumenstr. 63, O. 3.

Ein **Portier Passepartouts-Arbeiter** für eine hübsche Passepartouts-Fabrik sofort dauernd zu engagieren gesucht. Offerten an die Expedition d. M. unter N. 3. 48562\*

**Schlosser.** Tücht. Weidmann-Schlosser, welche selbständig arbeiten können, finden dauernde Beschäftigung. **S. J. Arnheim**, Goldschmiedestr. N. Badstr. 40/41. 48579\*

Zur Ausbildung von Verheiratheten jeder Art empfiehlt sich **Reinhard Klawitter**, Sorauerstr. 14. NB. Jeden Umgang bitte anzumelden. Verheiratheter u. Hardigmacher verl. Andreaskstr. 10. 29988

Tüchtige Verheiratheter u. Verordnungsbedürftigen sucht **30935** Werkmeister, Brunnenstr. 194.